

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM, ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zöllicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 7/15. Jahrgang

8. April 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

BRD bedroht Kurden mit Deportation

Von Ulla Jelpke

Die Frage des Außenpolitischen ist nicht mein Thema, erklärt Bayerns Innenminister Beckstein, als er nach der Verantwortung der deutschen Außenpolitik für den anhaltenden Terror der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk gefragt wird. Eines aber weiß ein deutscher Innenminister immer:

„Wer hier Gewalt ausübt, hat auf jeden Fall das Gastrecht hier verwirkt, und wenn es irgendwie möglich ist, muß er Deutschland verlassen.“ (DLF, 21.3.)

Mit dieser Haltung weiß er sich einig mit all denen, die lauthals fordern: „hart bestrafen und raus mit ihnen“. Das sind fast alle, die zu derartigen Anlässen befragt werden. Von CDU bis FDP und SPD herrscht weitestgehende Einigkeit im Wesentlichen.

Egal, was die deutsche Außenpolitik in der Türkei mit anrichten hilft, hier darf das keine Rolle spielen. Die kritischen Hinweise aus den Reihen der SPD auf die anhaltenden Waffenlieferungen verdeutlichen diese Gemeinsamkeiten mehr, als daß sie die Regierungspolitik kritisieren.

Systematische Verletzung von Menschenrechten

Vor allen Mikrofonen und Kameras verkünden deutsche PolitikerInnen ihre grundsätzliche Bereitschaft, internationale Menschenrechtskonventionen und Grundrechte nicht nur in Einzelfällen zu brechen, sondern systematisch unterlaufen zu wollen. Sonderverträge oder -abkommen mit der türkischen Regierung werden angekündigt — mal von der Bundesregierung, mal von der bayerischen —, Sonderverträge mit einer Regierung, die seit Jahren alle von ihr eingegangenen Verpflichtungen zur Einhaltung von Menschenrechten und Anti-Folterkonventionen tagtäglich bricht. Jedem Hinweis darauf, daß weder nach dem Ausländer- noch nach dem Asylrecht abgeschoben werden darf, wenn Todesstrafe oder Folter drohen, folgt im gleichen Atemzug der Tip, daß sich all das ja durch Absprachen mit der türkischen Regierung lösen lasse. So offen hat noch keine westliche Regierung erkennen lassen, daß für sie die Zeit der Allgemeingültigkeit internationaler Konventionen vorbei sein soll. Wie im Inneren — Grundrechte und Verfassungsgrundsätze als Abrißkalender — so werden in der Außenpolitik internationale Konventionen zur Disposition gestellt durch Abkommen über Verfahrensfragen.

Internationale Menschenrechtsorganisationen könnten ja die „angemessene Bestrafung“ durch die türkische Justiz fordern. (Fortsetzung Seite 2 oben, s.a. S. 7)

Trauer und Entsetzen über den Mord an Lizzy Schmidt in Kurdistan

Am Abend des 3. April erreichte uns die erschütternde Nachricht, daß die 35jährige Journalistin Lizzy Schmidt im Nordirak aus dem Hinterhalt erschossen wurde. Angelika Beer, Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, die lange mit der Ermordeten zusammenarbeitete, erklärte zum Tod der Journalistin:

Lizzy Schmidt war mehr als eine Journalistin, sie war ein nicht wegzudenkender Teil der Solidaritätsarbeit mit und in Kurdistan. Wer immer auch die tödlichen Schüsse am Sonntag abgegeben hat, er hat nicht nur Lizzy Schmidt und ihren Begleiter ermordet, sondern ein Stück Leben und Solidarität grausam aus unserer Mitte gerissen. Es gab genug Gründe dafür, daß Lizzy Schmidt, deren Berichte auch oft unter dem Namen Milena Ergin erschienen, viele Feinde hatte. Während der Krisenjahre in den kurdischen Regionen war sie oft das einzige Bindeglied zwischen türkisch oder irakisch Kurdistan und ihren kurdischen und deutschen Freundinnen und Freunden hier. Egal ob durch ihre Veröffentlichungen, ihre Schilderungen der Probleme und deren politische Ursachen in Kurdistan, ihre Dokumentationen von Vertreibung und Mord, oder durch ihre Tätigkeit für die Frankfurter Hilfsorganisation medico international in Kurdi-

stan wie auch durch ihre Zusammenarbeit mit in der Türkei bedrohten Journalisten: mit ihren Berichten über die wirklichen Täter und das Schicksal der Opfer wurde die Anzahl ihrer Feinde immer größer. Immer dann, wenn in Deutschland der Völkermord an den Kurden wieder in Vergessenheit zu geraten drohte, war es Lizzy Schmidt, die auf Friedensdemonstrationen und unzähligen Veranstaltungen (zuletzt im Herbst 93 im Rahmen der Kampagne „Schweigen tötet — Frieden jetzt“) Solidarität mit Kurdistan einforderte.

In den letzten Jahren fand sie ihren Lebensmittelpunkt und ihre Familie in irakisch Kurdistan. Die türkischen Behörden haben 1991 die damals in der Türkei lebende Journalistin ausgewiesen und ein Einreiseverbot gegen sie verhängt. Die Verantwortlichen für den Völkermord am kurdischen Volk in der Türkei griffen zu dieser Maßnahme, weil sie die schonungslosen Berichte über Folter, Massaker und Mord nicht anders unterdrücken konnten. Es waren türkische Spezialeinheiten, die, als der Beerdigungszug des ermordeten



Vedat Aydin von türkischen Militärs angegriffen wurde, die Journalistin schlugen und ihr Dokumentationsmaterial vernichteten.

Stationen der persönlichen Erinnerung bleiben gegenwärtig: Die erste Begegnung mit Lizzy Schmidt, bei der sie klarmachte, daß Friedenspolitik auch Menschenrechtspolitik für Kurdistan sein muß, daß das kurdische Volk ein Recht auf Solidarität und Selbstbestimmung hat, weil es vor allem deutsche Waffen und Beziehungen zu Saddam Hussein und zum NATO-Partner Türkei sind, die dieses Recht blutig unterdrücken. Gemeinsame Besuche in den Flüchtlingslagern irakischer Kurden im türkischen Mardin und Mus, nächtelange Diskussionen bei kurdischen Freunden in der türkisch-irakischen Grenzregion während des zweiten Golfkrieges, Delegationsfahrten, die ohne die Unterstützung der fließend türkisch und kurdisch sprechenden Freundin nicht so erfolgreich hätten stattfinden können, gemeinsame Fahrt durch das befreite Südkurdistan, Ideenaustausch für Hilfsprojekte in der Region am Tigris ... Stationen der Erinnerung, die für unser gegenwärtiges und zukünftiges Handeln zugleich Verpflichtung sind. Kurdistan hat durch die gewaltsam gerissene Lücke mehr als eine gute Freundin verloren. Wir können diese Lücke nicht schließen. (Pressedienst der Grünen, 4.4.)

Rechte Kumpanei von Union und Faschisten

Zur Situation der Faschisten vor den Wahlen zum Europaparlament

Im Lager der rechten und faschistischen Parteien will zur Zeit keine rechte Freude aufkommen. Bei Hochrechnungen zu den Bundestagswahlen liegen die Republikaner bei dreieinhalb Prozent. Eine rechte Sammlung unter dem Dach der Republikaner gelingt nicht. Mehrere rechte Gruppierungen, darunter Dr. Freys DVU, die Deutsche Liga und die NPD weisen Schönhuber auf sein niedersächsisches Wahlergebnis hin und fordern ein rechtes faschistisches Bündnis. (1) Schönhuber befürchtet, daß ein solcher Schritt seinen ernstzunehmenden Versuchen schaden könne, Einfluß auf die Reihen von CSU/CDU und FDP zu nehmen.

Vermutlich werden die Republikaner allein zu den wichtigen Europawahlen

kandidieren. Bei den letzten Europawahlen hat sich bereits gezeigt, daß die Republikaner bei diesen Wahlen deutlich mehr Stimmen erhalten können als bei den Bundestagswahlen. Sie erhielten 1989 7,1% bei den Europawahlen und ein Jahr später bei den Bundestagswahlen 2,1%. Da die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen deutlich niedriger ist (1989: 62,4%, zum Vergleich Bundestagswahlen 1990: 77,8%), haben die Republikaner ernsthafte Chancen, wieder den Einzug zu erringen, wenn sie die rechten Wähler zur Wahl mobilisieren.

Der Einzug ins Europaparlament würde dann einen weiteren Mobilisierungseffekt erbringen. Dann finden vor den Bundestagswahlen Ende September die bayerischen Landtagswahlen statt, — die Rep-Hochburg: 14,6% bei

den letzten Europawahlen und 5,0% bei den letzten Bundestagswahlen — bei denen die Republikaner wegen ihrer schon vorhandenen zahlreichen kommunalen Mandate ernsthafte Chancen auf ein hohes Ergebnis haben, das sie bis in den Bundestag tragen könnte.

Zur Beruhigung auf antifaschistischer Seite besteht also kein Anlaß. Auch wenn Dr. Frey, Neubauer und andere Neofaschisten heute andeuten, daß sie bei den Bundestagswahlen für „Stimmhaltung“ plädieren (2), heißt das also noch lange nicht, daß Schönhuber die rechten Wähler nicht mobilisieren kann, zumal die DVU (vielleicht) und die Deutsche Liga (ziemlich sicher) bei den Bundestagswahlen nicht kandidieren werden.

(Fortsetzung Seite 2 unten)

Fortsetzung von Seite 1:

BRD droht Kurden ...

stiz kontrollieren ... (Beckstein, frontal am 29. 3.) — so schleichen sie sich aus aller Verantwortung.

Von Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger zu Innenminister Kanther, von Hirsch (FDP) zu Bernrath (SPD) wird verschwiegen, daß es schon längst keinen generellen Abschiebestopp mehr gibt, daß alleine in Hessen seit Jahresbeginn mindestens siebzig KurdInnen unter all den absehbaren Gefahren in der Türkei für Leben und Gesundheit abgeschoben worden sind, daß die angeblichen „innerstaatlichen

Kinkel: BRD-Außenpolitik muß „Fesseln abstreifen“

Fluchalternativen“ (d.h. daß KurdInnen in der Westtürkei sicher leben, sofern sie auf politische und kulturelle Betätigung verzichten) schon lange die Ausrede abgeben müssen, damit abgeschoben werden kann. Gerade gegenüber KurdInnen kann von einer „lachen“ Anwendung des Ausländer- und Asylrechts überhaupt keine Rede sein.

Mit todsicherem Instinkt haben die UnionspolitikerInnen, allen voran Bundeskanzler Kohl und Innenminister Kanther, erkannt, daß diese Situation den idealen Stoff hergibt für die rechte Verhetzung mit ihren Hau-Drauf-Rezepten:

— Ein „Sondergefängnis für abgescho-bene Kurden mit jederzeitigem Zugangsrecht für Menschenrechtsorganisationen“, ein „transparentes Muster-menschenrechtsgefängnis“ (FR) in der Türkei, lautet sein jüngster Vorschlag. Mit dem Dementi wurde so lange gewartet, bis der Vorschlag zumindest andiskutiert war. Dementiert wurde auch

nur Kanthers Vaterschaft für den Gedanken, bei den Beratungen selbst sei sehr wohl darüber gesprochen worden.

Es ist vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis der Vorschlag in neuer Verkleidung wieder aufgegriffen wird. Schließlich hat bisher auch nur das Veto der rumänischen Regierung das von den Deutschen in Rumänien geplante Zwischenlager für Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien verhindert.

Der perversen Logik einer deutschen Außenpolitik, die „vorsichtig Fesseln abstreifen“ muß (Kinkel), sind nur noch wenig Grenzen gesetzt. Alle, auch die dementierten Vorschläge, werden in aller Öffentlichkeit und allen Ernstes von allen Parteien als Vorschläge zur Lösung des „Kurdenproblems“ diskutiert. Das Minimalziel des „Diskurses“ gibt Regierungssprecher Vogel preis: Sonderabkommen mit der türkischen Regierung haben „vor allem eine innenpolitische Bedeutung; diese könnten die Akzeptanz von Ausweisungsentscheidungen erhöhen.“ (FAZ, 26. 3.)

Natürlich findet die so demonstrierte „Entschlossenheit Deutschlands gegen die PKK und ihre terroristischen Aktivitäten auf deutschem Boden“ den ehrlichen Beifall der Kumpane in der türkischen Regierung (Welt, 24. 3.).

Und wofür das Ganze? Für Autobahnblockaden und Selbstverbrennungen aus Verzweiflung über den Vernichtungskrieg der türkischen Regierung auch mit deutschen Waffen. Mit Waffen, deren Einsatz in Kurdistan mit Bildern belegt und der deutschen Botschaft in Ankara lange bekannt, nach Kinkel trotzdem nicht bewiesen ist; mit Waffen, die z.T. an Recht und Gesetz vorbei, trotz Haushaltssperren in die Türkei geliefert worden sind. Waffen im Wert von Milliarden Mark. Alleine im neuen Haushalt sind für den NATO-Partner

erneut 155 Millionen DM „Verteidigungshilfen“ vorgesehen. Und als allerletzte Ausrede muß dann die NATO herhalten, in deren Rahmen die Waffenlieferungen schließlich auch geleistet werden. Und diese „Verteidigungshilfe“ werde schließlich ab 1995 „umstrukturiert“.

Die innenpolitische Dimension

Erneut wird der Einsatz der Bundeswehr im Inneren diskutiert. Zur „Verschubung“ von Polizei und Bundesgrenzschutz gegen weitere „Ausschreitungen“. In einem Atemzug nennt CDU-Rüttgers Kriminelle, Terroristen und Hochwasser als Katastrophen, die den Einsatz der Bundeswehr als „Risikoreserve“ (Rüttgers) erfordern könnte. „Die Union wird auch bei diesem Thema nicht lockerlassen“ (Rüttgers) — die Frage drängt sich auf, ob die CDU/CSU und in ihrem Schlepptau die SPD-Länder um der Provokation willen Verbote von Demonstrationen und Newroz-Feiern ausgesprochen haben, um ihre Wahlkampfthemen in den Vordergrund spielen zu können ...

In diesem Zusammenhang ist aber auch an Schäubles Wort vom Verschließen der Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik zu erinnern. Wer deutsche Interessen im Schulterschuß mit terroristischen Regimen weltweit durchsetzen will und durchsetzt, argumentiert zu Unrecht mit verwirktem Gastrecht. Wo steht, daß ein „Gast“ stillhalten muß, während der „Gastgeber“ hilft, sein Haus anzuzünden? Man muß die Schläge gegen den Wirt nicht billigen, wenn man dessen Heuchelei in Sachen Gastrecht unerträglich findet.

Mit wenigen Federstrichen hätten Bundesregierung und Parlament den

Protesten der hier lebenden Kurdinnen und Kurden einen Teil der Verzweiflung und der Zuspitzung nehmen können; durch Einstellung der Waffenlieferungen und politischen und diplomatischen Druck auf die türkische Regierung können sie leicht klarmachen, daß ihr jahrelanges Gerede vom „berechtigten Anliegen“ der KurdInnen wenigstens ein Körnchen Aufrichtigkeit enthält.

Stattdessen wurde unter Fortsetzung des von der türkischen Regierung geforderten PKK-Verbotes und unter Mißbrauch des Urteils im sogenannten Düsseldorf PPK-Prozeß auf Verbote von Vereinen, Organisationen, Demonstrationen und Newroz-Festen gesetzt. Zwei Tote, hunderte von Verletzten, fünfshundert Festnahmen sind die Bilanz eines Wochenendes praktizierter Kollaboration hier.

Zu den Menschen- und Bürgerrechten, die Kurdinnen und Kurden und den allermeisten AusländerInnen hierzulande vorenthalten werden, gehört auch das Recht auf Selbstbestimmung und Opposition. Abschiebung und Ausweisung dürfen angesichts der „Entfesselung“ deutscher Außenpolitik, der offensiveren Durchsetzung deutscher Interessen in aller Welt nicht länger als Bestrafung und Druckmittel zur Er-zwingung von staatsgefälligem Verhalten eingesetzt werden.

Die jetzt angekündigte Verschärfung der Sonderrechte gegen KurdInnen, die Drohung mit exzessiver Anwendung der Mehrfachbestrafung — Verurteilung hier, Ausweisung, Bestrafung, möglicherweise Folter und Todesstrafe in der Türkei — ist die Fortsetzung der Mittäterschaft bei eklatanten Verstößen gegen Minderheiten- und Menschenrechte.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der der PDS/LL im Bundestag.

Fortsetzung von Seite 1:

EG-Wahl: Rechte Kumpanei

Nicht einschätzbar sind Wahlergebnisse des „Bund freier Bürger“ (Brunner-Partei) und der STATT-Partei. Das sind Konkurrenten, sie haben aber nur einen schwachen Parteiapparat und keinen regionalen Schwerpunkt wie die Republikaner in Bayern. Dazu kommt, daß die Republikaner inzwischen bereits oft kandidiert haben und viel bekannter sind.

Dieser Trümpfe ist sich Schönhuber bewußt, deshalb versucht er, seine Anhänger und Getreuen zu mobilisieren. Mit seiner Hetzkampagne gegen Bubis ist ihm das bereits gelungen und seine Äußerungen, daß Deutschlands Fehler darin besteht, zweimal den Krieg verloren zu haben, wird auch nicht ohne Wirkung in konservativen Kreisen bleiben.

Reps mit Europa- und Bayernwahl in den Bundestag?

Seine Äußerung: „Die Neubewertung der Geschichte läßt sich nicht aufhalten“ (3) wird vor allem in sehr rechten, militanten Kreisen auf Begeisterung stoßen. Schönhuber versucht, Stimmung zu machen. Die Medien würden die Republikaner per „Zensur“ unterdrücken und kriminelle Gewalttäter würden Republikaner-Veranstaltungen verhindern. Der Staatsapparat würde dies dulden und Gegendemonstranten als Demokraten bezeichnen. Die gesamte Rechte zeichnet derzeit ein realitätsfernes Bild an die Wand: Rot-Grün würde bald die Macht übernehmen und den Rechtsstaat kippen.

Gegen eine solche Politik muß die politische Opposition Widerstand leisten. Vor allem eine inhaltliche Kritik ist wichtig, weil die Republikaner für eine

rechte Mobilisierung Bewegung in den Reihen der Konservativen brauchen. Hier haben die Republikaner bereits Erfolge erzielt. Bei der Asylpolitik gab es ein propagandistisches Bündnis zwischen Faschisten und CDU/CSU und jetzt wieder bei der Unterdrückung der

Kurden und anderer Minderheiten. Was die Republikaner im neuen Parteiprogramm fordern, „unverzügliche Abschiebung“ von straffälligen Asylbewerbern, setzt z.B. die bayerische Landesregierung bereits um. Einig sind sich Faschisten und Konservative, daß die

DOKUMENT ZUM FASCHISTEN-ANSCHLAG AUF DIE LÜBECKER SYNAGOGUE**Lübecker Bürgermeister: „Kein Pardon“**

Am 26. März, einen Tag nach dem feigen und verbrecherischen Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge, erklärte Bürgermeister Michael Boutellier (SPD) auf einer Kundgebung:

Unser Mitgefühl gilt allen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Lübeck, besonders Herrn Kantor Katz, der zum zweiten Mal erleben muß, wie seine Synagoge zerstört werden soll. Wir schämen uns dafür.

Wer heute wieder Synagogen in Brand setzt, der muß toderntst genommen werden. Der weiß genau, was er damit androhen will. Vor 60 Jahren mündete die Zerstörung von Synagogen in die Beseitigung von Menschen.

Das Undenkbare ist wieder Realität. Lübeck hält deshalb, stellvertretend für unser Land, für Europa und für die Welt, den Atem an. Aus den Biedermännern sind längst Brandstifter geworden. Die Auschwitz-Lüge soll ja von Rechts wegen auch keine Volksverhetzung mehr sein. Das beschämt uns alle.

Lübeck fordert: Ächtet gesellschaftlich die Faschisten und Rassisten. Verbietet endlich rechtsextreme Parteien und Organisationen. Verbie-

tet die politische Meinungsäußerung den Schönhubers und Freys. Leitet Verfahren ein. Handelt statt zu reden. Ächtet die Feinde der Toleranz.

Gegen das Zeichen des Faschismus gestern Nacht werden wir ein Zeichen der Menschlichkeit setzen. Dies geschieht nicht nur durch Mahnwachen, Spenden für die soziale Integration unserer jüdischen Mitbürger, um die wir einen Schutzwall bilden wollen. Es geschieht vor allem dadurch, daß wir den alltäglichen Faschismus erkennen und ihm mutig gegenüber treten. Keine noch so kleine und scheinbar harmlose Äußerung darf ohne Widerspruch bleiben.

Alle Lübeckerinnen und Lübecker werden Toleranz und Menschlichkeit zeigen für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, woher sie auch kommen. Welchen Glaubens sie auch sind. Nur eine Gruppe hat nicht mit unserer Toleranz zu rechnen: Die Faschisten und Rassisten. Für sie gibt es kein Pardon in Wort, Schrift und Tat.

Ihnen werden wir geschlossen und entschlossen entgegentreten und ihnen unmißverständlich klar machen, daß für sie in unserer Stadt kein Platz ist.

Forderung nach der doppelten Staatsbürgerschaft strikt abgelehnt werden muß. Wie gefährlich diese Forderung sei, betonen die Rechten, könne man jetzt bei den Kurden sehen, bei doppelter Staatsbürgerschaft könne man nicht mehr abschieben. Daß dies nach dem jetzigen Recht trotzdem auch nicht geht, übersehen diese Leute bewußt. Verfassungsbruch ist bei diesen Leuten, CDU/CSU und Faschisten, bereits zum Tagesgeschäft geworden.

Die Union und die Liberalen gehen in vielen politischen Fragen weit nach rechts, neuerlich bei dem Bundeswehreinsatz im Inneren. Der Übergang von Faschisten, STATT-Parteien und Konservativen wird immer fließender. Bei der Bundespräsidentenwahl im Mai wird sich zeigen, wie eng dieses Bündnis ist. Union und Faschisten haben immer mehr gemeinsame Propagandathemen entwickelt. Das kann den Faschisten die Mobilisierung erleichtern, aber auch dazu führen, daß am Ende die Stimmen bei der Union landen. Auch das erklärt ein wenig den Streit bei den Faschisten.

Dieser Rechtsruck der Unionsparteien wird von Scharpings SPD-Vorstand praktisch kaum gestört. Politische Opposition gegen die zunehmende Verklammerung, Verzahnung, Kumpanei von Faschisten und Konservativen, Bündnisse gegen Rechts, für Rechte für Minderheiten, gegen Geschichtsfälschung sind aber politische Anliegen, denen trotz dieser Untätigkeit des SPD-Vorstands viele Leute aufgeschlossen gegenüberstehen. Dieses Bündnis kann den Einzug der deutschen Faschisten in das Europaparlament und den Bundestag — trotz Italien — noch stoppen.

Quellen: (1) Nationalzeitung, 1. 4. 94; (2) Deutsche Rundschau 3/94; (3) Republikaner 3/94 — (jöd)

Journalistenföderation klagt BRD-Behörden an

Die Internationale Journalistenföderation (IJF) klagte heute die deutschen Behörden einer abgestimmten Verletzung der Pressefreiheit an und hat die deutsche Regierung von Kanzler Kohl aufgefordert, Schritte zu ergreifen, um die Rechte von Journalisten zu verteidigen. Mit dieser Erklärung formulierte am 11. März die IJF in Brüssel das weltweite Aufsehen, ausgelöst durch Polizeimaßnahmen gegen Zeitungen und Sender in der Bundesrepublik.

Wenige Tage später fand die nächste Staatsaktion gegen eine Redaktion statt, und gleichzeitig arbeiten Politiker aller etablierten Parteien an einer Verschlechterung des Presserechts.

Am 12. Januar 1994 durchsuchten Staatsanwaltschaft und Staatsschutzabteilung der Münchner Polizei die Redaktion von Focus. Sie beschlagnahmten Schriftstücke und zapften das Textsystem der Redaktion an. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft sagte, bei der Durchsuchung sei es um den Vorwurf gegangen, „daß in unzulässiger Weise über Bad Kleinen berichtet wurde“. Nach Angaben der Redaktion war die Suche nach Quellen und Informanten vergeblich.

Am 2. März beschlagnahmte die Münchner Kriminalpolizei beim Lokalprogramm RTL München live eine Kassette mit einem satirischen Beitrag, durch den Bela E. Althans, bekannt durch den umstrittenen Dokumentarfilm „Beruf: Neonazi“, beleidigt worden sein soll. Das Bayerische Landes-

mediengesetz sieht vor, daß ein Sender eine Kopie eines Beitrags auf Verlangen eines Betroffenen aushändigen muß. Dazu wurde RTL gar nicht erst aufgefordert.

Am 3. März durchsuchte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft die Redaktion der Stuttgarter Zeitung. Der Vorwurf ist Beihilfe zum Geheimnisverrat, nachdem die Zeitung tags zuvor über einen Bericht des Stuttgarter Justizministeriums an den Abhörausschuß des Landtags informiert hatte. Aus dem Bericht ergaben sich Pannen, durch die ein wegen des Verdachts organisierter Kriminalität abgehörter Wirt mit prominenten Beziehungen von den Behörden selbst vorzeitig von der Überwachung informiert wurde. Außerdem wurde sogar ein Rechtsanwaltsbüro abgehört. In Stuttgart durchsuchten die Beamten nicht nur den Arbeitsplatz des zuständigen Redakteurs, sondern auch seine Wohnung; und sie fahndeten — ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl, ohne ihre Zustimmung und in ihrer Abwesenheit — in der Wohnung seiner Lebensgefährtin.

Am 18. März wurden in Berlin die Redaktion der Tageszeitung Junge Welt

Pressefreiheit wird angegriffen



und die Wohnung eines Redakteurs auf Antrag des Generalbundesanwalts durchsucht. Der Redaktion wurde verweigert, einen Anwalt hinzuzuziehen. Der zuständige Redakteur hatte sich unter Berufung auf das Recht des Informationsschutzes geweigert, das Original eines Briefs auszuhändigen, in dem die „Rote Armee Fraktion“ ein RAF-Mitglied-

schaft des V-Manns Steimetz bestreitet.

Gegen jede dieser Maßnahmen gab es heftige Proteste. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger: Bei einer so auffälligen Häufung wie in den vergangenen Wochen liege der Verdacht nahe, daß Journalisten eingeschüchert und ihre Redaktionen zu einem voraus-eilenden Gehorsam angehalten werden sollten. Die IG Medien: „In einem Klima, das bürgerliche Grundfreiheiten im Interesse der Strafverfolgung zur Disposition stellt, dürften sich auch örtliche Organe ermuntert fühlen, zuzugreifen und den Respekt vor der Pressefreiheit fallen zu lassen. Immerhin erleben wir zum einen im Rahmen der Debatte um die Innere Sicherheit Initiativen, die die grundrechtlich geschützte Privatsphäre des Bürgers in Frage stellen.

Zum anderen schicken sich Repräsentanten politischer Parteien an, die Aufdeckung von Skandalen auf ihre Weise zu beantworten: durch Gesetzentwürfe, die geeignet sind, die Freiheit der Berichterstattung einzuschränken.“ Der Deutsche Journalistenverband weist darauf hin, daß „das Informationsrecht der Bürger/innen und Medien ... eine Grundlage der demokratischen Verfassung“ ist.

Der durch Gesetze gestützte Pressekodex sagt: „Jede in der Presse tätige Person wahrt das Berufsgeheimnis, macht vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch und gibt Informanten ohne deren ausdrückliche Zustimmung nicht preis.“

Die gerichtlichen Auseinandersetzungen darüber werden durch die aktuellen Staatsaktionen auf jeden Fall in nächster Zeit weiter an Schärfe zunehmen. Und während sich die Gewerkschaften bemühen, in den derzeit stattfindenden Novellierungen von Landespresse- und Landesmediengesetzen Grundsätze der Inneren Pressefreiheit durchzusetzen und die Medienkonzentration einzudämmen, gibt es Bestrebungen von Landesregierungen, die Landespressegetze zu verschärfen. Die CDU kleidet ihre Bestrebungen, das Recht auf Gegendarstellungen so zu verändern, daß Tatsachenmitteilungen über Personen und Vorgänge erschwert werden, in den Mantel des Persönlichkeitsschutzes. Und der Angriff auf die Möglichkeit, Informationen und Daten in Archiven zu sammeln, wird von ihr in Datenschutz verkleidet. — (ulk)

AKTUELL IN BONN

Hilfe für Ost-Wohnungen?

Die Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste hat Mitte März den Entwurf eines 1. Altschuldenhilfe-Änderungsgesetzes in den Bundestag eingebracht. Zur Begründung erklärte ihr wohnungspolitischer Sprecher Ilja Seifert: „Mit dem Gesetz sollen die Wohnungsunternehmen Ostdeutschlands, welche eine Teilentlastung von den sogenannten Altschulden in Anspruch nehmen, von der Privatisierungs- bzw. Veräußerungspflicht (§ 5 des AHG) entbunden werden.“ Die bisherige Regelung setze die Ost-Wohnungsgesellschaften unter extremen Druck, ihre Bestände an Kapitalanleger zu verkaufen. Mit ihrem Gesetzentwurf setzt sich die PDS dafür ein, diesen Verkaufsdruck zu mildern, indem Ost-Wohnungsgesellschaften Entlastung von ihrem hohen Schulden- druck angeboten wird.

Bahnreform: 70 Mrd. DM weg

Um 70 Mrd. DM hat die Deutsche Bundesbahn bei der Bildung der „Bahn AG“ ihre Bilanz verringert. Darauf hat jetzt ein empörter Autor in der Zeitung Handelsblatt (28.3.) hingewiesen. Zum 31.12.93 hatte die konsolidierte Bilanz von Bundesbahn und Reichsbahn noch ein „Sachanlagevermögen“ von ca. 100 Mrd. DM ausgewiesen. Die zum 1.1.94 neugegründete „Bahn AG“, Nachfolgerin beider Unternehmen, weist in ihrer Eröffnungsbilanz aber nur noch 25 Mrd. DM Sachanlagen aus! Die Bahn hat kurzerhand den Wert ihrer Trassen, Grundstücke, Schienen usw. auf ein Viertel reduziert. Da die Werte von Trassen, Schienen usw. in die Berechnung der Wegekosten eingehen, ist die Folge: sehr viel niedrigere Wegekosten der Bahn als bisher. Eine Bilanzänderung auf Steuerkosten: Der Bund hat alle Altschulden der Bahn übernommen. Jetzt schimpft die Konkurrenz des pri-

vaten Transportgewerbes.

„Lebensschützer“-Gesetzentwürfe

42 Abgeordnete der CDU/CSU, darunter „Vertriebenen“-Sprecher wie Helmut Sauer und Hartmut Koschyk, der CSUler Riedl, Ex-Regierungssprecher Friedhelm Ost und die Grafen von Schönburg-Glauchau und von Waldburg-Zeil, haben im Bundestag einen Gesetzentwurf „zum Schutz der ungeborenen Kinder“ eingebracht (Ds. 12/6988). Inhalt: Ein „Lebensschutz-Beauftragter“ soll geschaffen werden, und für Kinder soll eine „Familiengeld“-Prämie von 1000 DM je Kind gezahlt werden. Der „Lebensschutz“-Beauftragte soll sinnigerweise ähnlich wie der „Wehrbeauftragte“ gestellt sein. In einem zweiten Gesetzentwurf (Ds. 12/6944, diesmal sogar von 54 CDU-Abgeordneten) beantragen die „Lebensschützer“ eine Ausweitung der Strafverfolgung. So soll künftig jede „Handlung, deren Wirkung nach der Verschmelzung der menschlichen Keimzellen“ stattfindet, als „Straftat“ verfolgt werden.



HERR DYBA!
WO SETZT DER
BISCHOF EIN
DEUTLICHES ZEICHEN
ZUM SCHUTZ DES LEBENS
DER KINDER, DIE TAG-
LICH GEWALT ERLEIDEN?



Lebenslang jetzt auch im Osten

Mit einem Gesetz „zur Rechtsvereinheitlichung bei der Sicherungsverwahrung“ (Ds. 12/6969) hat der Bundesrat jetzt auch in den neuen Bundesländern die Inhaftierung von Straftätern bis zum Tode eingeführt. Bisher galt diese Regelung — Sicherungsverwahrung eines Straftäters auch nach Ablauf der gegen ihn verhängten Haftstrafe bis zu seinem Tode — nur im Westen (1990 für 189 Personen). Der Einigungsvertrag hatte die Regelung in der früheren DDR festgeschrieben (höhere Strafe bei Rückfälltättern). Aus Gründen der „Rechtsgleichheit“ will der Bundesrat diese Regelung jetzt aufheben — nicht in Richtung Resozialisierung,

sondern in Richtung Haft bzw. haftähnliche Einsperrung bis zum Tode.

„Kündigungsschutz“ besonderer Art

Einen Kündigungsschutz besonderer Art wollen die Regierungen der neuen Bundesländer erreichen. In einem im März eingebrachten Entwurf „zur Änderung des Kündigungsschutzgesetzes“

(Ds. 12/6968) wollen sie bei Personen, die nach dem 6. Mai 1990 (als in der DDR CDU, DSU, FDP und SPD erstmals die Wahlen gewannen und begannen, ihre Leute in die öffentlichen Verwaltungen zu befördern) grundsätzlich ein „berechtigtes betriebliches Bedürfnis für die Weiterbeschäftigung“ annehmen. So solle verhindert werden, daß diese Personen bei den weiter nötigen Kündigungen im Osten „insbesondere ... betroffen“ würden. „Insbesondere“ sollen also andere getroffen werden — solche, die schon vor Mai 1990 im öffentlichen Dienst tätig waren.

EU-Erweiterung durchgeboxt

Am 30. März hat die EU-Kommission in Brüssel die Erweiterungsverhandlungen der EG mit Finnland, Schweden, Norwegen und Österreich offiziell für beendet erklärt. Die Beitritte dieser vier Länder werden damit zum 1.1.1995 wirksam — ein Rekordtempo, wenn man bedenkt, daß die Verhandlungen erst im Februar 1993 begonnen wurden. Für die deutsche Regierung und die deutschen Konzerne bedeutet die Ausdehnung der EG ein weiterer Machtgewinn, zumal der „Anschluß“ Österreichs an die EG das Gewicht des deutsch-völkischen Blocks in der EG verstärkt. Auch den letzten Streit mit der spanischen Regierung und der britischen Regierung um die Veto-Rechte im erweiterten EU-Ministerrat entschied die BRD für sich: die britische Regierung mußte sich geschlagen geben, Premier Major gilt als weiter „geschwächt“.

Was kommt demnächst?

Der deutsche Bundestag ist derzeit in der Osterpause. Er nimmt seine Sitzungen erst wieder am 11. April auf. Die nächste Sitzung des Bundesrats findet am 29. April statt.

Deutsch-französische Kollaboration

Trotz Widersprüchen: Frankreich bestärkt die BRD-Ostexpansion

Die Enthüllungen des französischen Botschafters in der BRD über die Auftritte eines enthemmten Bundesaußenministers während der EU-Beitrittsverhandlungen mit Norwegen (er werde „Spanien das Rückgrat brechen“, hatte Kinkel Widersachern deutscher Neuordnungsvorstellungen gedroht) brachten nicht zum ersten Mal Spannungen in den Beziehungen zwischen Frankreich und der BRD ans Tageslicht.

Tatsächlich scheinen seit der Annexion der DDR die Differenzen zugenommen zu haben. Mit der vorpreschenden Anerkennung Sloweniens und Kroatiens hatte die BRD demonstriert, daß sie bei der Aufteilung und Beherrschung des europäischen Ostens und Südostens eine Führungsrolle beansprucht. (Dabei hatte die Bundesregierung gerade Frankreich absichtsvoll bis ins einzelne brüskiert. Es war nämlich vereinbart, daß fünf europäische Verfassungsgerichtspräsidenten die Prozedur einer gemeinsamen Anerkennung auf einem Treffen in Paris aushandeln — als aber der deutsche Gerichtspräsident Roman Herzog dort eintraf, hatte die BRD Slowenien und Kroatien bereits anerkannt!) Ein weiterer ernster Streitpunkt waren die Verhandlungen über ein neues Welthandelsabkommen (GATT); hier setzte maßgeblich die BRD, die sich zunehmend auf billige Agrarlieferungen aus Osteuropa umorientiert, zu Lasten der französischen Bauern und der bedeutsamen französischen Agrarexporte eine „Reform“ der EG-Agrarsubventionen durch. Ein dritter Streitpunkt war 1993 die Politik der Deutschen Bundesbank, die mit hohen Zinsen einen Teil der Kosten der durch Schuldenmachen finanzierten Annexion der DDR auf andere EG-Länder und nicht zuletzt Frankreich abzuwälzen versuchte.

BRD artikuliert offenen Führungsanspruch

Allgemein werden die aufgetretenen Spannungen nahezu einhellig als Ausdruck französischer Sorge vor neuer deutscher Vormachtstellung in Europa interpretiert. Diese Sorge ist berechtigt. In der BRD wird der neue Führungsanspruch offen und mit drohendem Unterton erörtert. Deutschland sei „aus der Randlage des Ost-West-Konflikts in das europäische Zentrum gerückt“, heißt es etwa in der Zeitschrift *liberal* (3/93): „Für andere, bisher gleichrangige europäische Mittelmächte, in erster Linie Frankreich und Groß-

britannien, vermindert sich die europäische Gestaltungsfähigkeit.“ Doch sollte sich die Opposition in der BRD gegen die deutsche Expansionspolitik davor hüten, allzu große Erwartungen in französische Widerstände zu legen. Denn trotz aller Differenzen und Vorbehalte gegen die deutsche Konkurrenz überwiegen die gemeinsamen reaktionären Interessen. Das gilt auch und nicht zuletzt für die Ostexpansion.

Beim Abschluß der EG-Assoziierungsabkommen mit Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen habe Frankreich nur durch Ankündigungen der deutschen Seite, gegebenenfalls allein zu handeln, zum Mitziehen gebracht werden können, schreibt SPD-Kanzlerkandidat Scharping.¹ Von der Eingliederung der osteuropäischen Wirtschaften in die imperialistische Arbeitsteilung, von der Verwandlung Osteuropas in wirtschaftlich und politisch abhängige Niedriglohngelände profitieren zuerst die deutschen Kon-

beseitigen.² Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat auf dem Maastichter Gipfel 1991 dafür gesorgt, daß die Entwicklung einer gemeinsamen Militärpolitik als zentraler Bestandteil des Fortschreitens der Europäischen Union beschlossen und in diesem Zusammenhang die WEU als europäischer Militärpakt belebt wurde. Längst ist die WEU im früheren Jugoslawien im militärischen Einsatz, und für zukünftige operative Aufgaben wurde eine militärische Planungszelle eingerichtet.³

Zugriff auf Atomwaffen

Mit der WEU-Initiative verhalf Frankreich der auf Änderung des Status Quo zielenden und deshalb aggressiven Ostpolitik der BRD zu potentiell militärischen Rückhalt. Und, was kaum bekannt ist: Frankreich sicherte der BRD den Zugriff auf Atomwaffen. Die SPD/FDP-Koalition hatte 1969 den Atom-

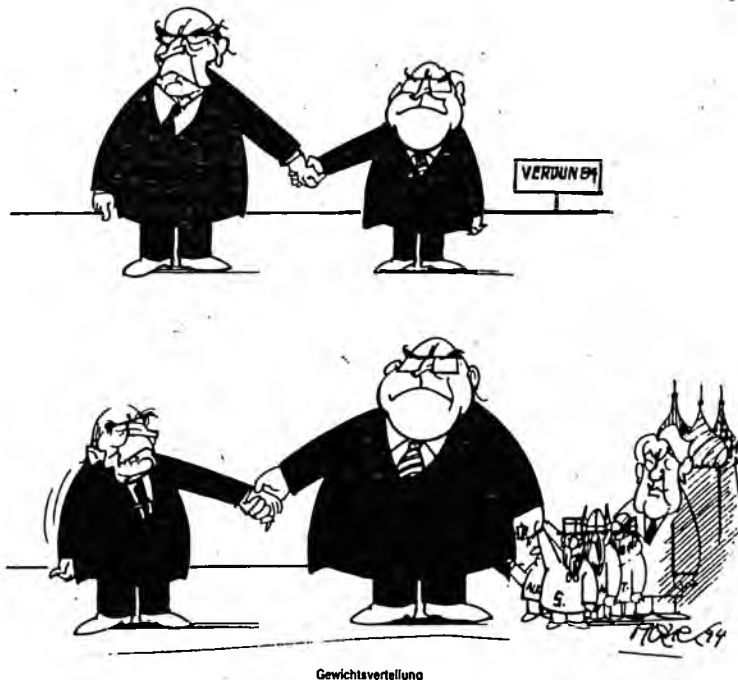
waffen-Sperrvertrag nämlich unter dem Vorbehalt unterschrieben, daß der Verzicht auf ABC-Waffen mit einer gemeinsamen europäischen Verteidigung hinfällig werde.⁴

Auch mit dem französisch-deutschen Eurokorps, das nach der Annexion der DDR aus der französisch-deutschen Brigade hervorging und das oft als Kern künftiger gemeinsamer europäischer Streitkräfte bezeichnet wird, stärkt Frankreich die Militärkraft der BRD. Wenn die französische Regierung mit dem Konzept des Eurokorps vor allem das Ziel verfolgt haben mag, das Gewicht der EU gegenüber den USA zu stärken, so ist das

anders ausgefallen. Nach scharfem Protest der USA und Großbritanniens einigte man sich, daß das Eurokorps, an dem sich demnächst auch Belgien und Spanien beteiligen wollen, sowohl für die WEU verfügbar sein wird wie auch „unter bestimmten Umständen“ für den NATO-Oberbefehlshaber in Europa. Das hauptsächliche Ergebnis aber ist, daß das Eurokorps ausdrücklich als Instrument zur militärischen Intervention („Wiederherstellung des Friedens“) aufgebaut wird.⁵ Frankreich verhilft der BRD dazu, der angemaßten „besonderen Verantwortung“ für die „Herstellung von Stabilität“ im Osten Europas im gegebenen Fall nachkommen zu können.

(1) Außenpolitik 1/94; (2) Alfred Grosser in Evangelische Kommentare 3/94; (3) Europäische Sicherheit 1/94; (4) Europäische Sicherheit 6/93, S. 277; (5) Österreichische Militärische Zeitschrift 2/93, S. 173; (6) Europäische Sicherheit 6/93 — (sff) ch

Wenn sich Freunde auf die Nerven gehen



zerne. Aber vor die Entscheidung gestellt, durch Zusammenarbeit mit Deutschland an der Ostexpansion teilzuhaben oder die deutsche Ostexpansion zu bekämpfen und dabei die Verdrängung von den osteuropäischen Märkten und Kapitalanlagemöglichkeiten zu riskieren, zögert die französische Seite nicht lang.

Gerade auf dem Gebiet der Militärpolitik müßten mögliche Versuche Frankreichs, die Ostexpansion der BRD einzudämmen, erkennbar werden. Aber nirgendwo wird der reaktionäre Charakter der deutsch-französischen Zusammenarbeit deutlicher als hier: Frankreich stärkt die BRD, fördert die Militarisierung der deutschen Politik. Selbst die Einwände, die die französische Regierung noch gegen einen Ständigen Sitz der BRD im UN-Sicherheitsrat vorträgt, sind in erster Linie als Unterstützung für die Bestrebungen gemeint, die Verfassungsschranken gegen weltweite Einsätze der Bundeswehr zu

KROATIEN

Prozeß gegen Oppositionspartei

Der Prozeß gegen die kroatischen Oppositionspartei „Dalmatinische Aktion“ (DA) ist auf den 25. April 1994 verschoben worden. Der Hauptbelastungszeuge und Angeklagte, Jurica Gilic, brach im Gerichtssaal zusammen und konnte wegen eines epileptischen Anfalls keine Aussage mehr machen. Der Prozeß gegen die kleine Regionalpartei ist ein weiterer Versuch der kroatischen Regierung, jegliche oppositionelle Regierung im Lande mundtot zu machen.

Die „Dalmatinische Aktion“ wendet sich vor allem gegen den nationalen Zentralismus der Tudjmanregierung und fordert mehr Rechte für die Regionen in Kroatien. Schon vor Monaten wurden führende Vertreter der Organisation verhaftet. Ein Rollkommando der Polizei vertrieb die Vorsitzende der „Dalmatinischen Aktion“ Lorgerer am 11. Oktober aus ihrer Wohnung und verhaftete ihren Mann. Das Verdrängen aus Wohnungen ist in Kroatien ein häufig angewendetes Druckmittel gegen mißliebige Oppositionelle und Angehörige der serbischen Minderheit. Die Opfer werden dann, soweit es möglich ist, zum Militärdienst eingezogen und an die Front geschickt. In die geräumten Wohnungen ziehen dann oft Mitglieder des Militärapparates ein.

Ende September explodierte schließlich im Parteibüro der „Dalmatinischen Aktion“ eine Bombe. Und genau dieser Anschlag am 28. September 1993 ist einer der Hauptanklagepunkte in dem laufenden Verfahren. Denn zum Erstaunen der kroatischen Öffentlichkeit wirft der Anklagevertreter den Angeklagten, alle Mitglieder der „Dalmatinischen Aktion“, vor, sich das explosive Ei selbst ins Nest gelegt zu haben.

„Absurd und fingiert“, so die Reaktion der Angeklagten. Nach Auffassung der Rechtsanwälte stützt sich die Anklage auf Aussagen, die mit Gewalt in den kroatischen Polizeigefängnissen erpreßt worden sind. Es ist nachgewiesen, daß der Hauptbelastungszeuge, eben jener oben erwähnte Jurica Gilic, bei den Vernehmungen geprügelt und zu den belastenden Aussagen gezwungen wurde. Außerdem verurteilten die Verteidiger die über 90 Tage währende Haft der Angeklagten. Heftig kritisiert wird zudem, daß das Verfahren nicht vor einem zivilen, sondern vor einem Militärgericht durchgeführt wird. Um dies möglich zu machen, verfaßte der kroatische Staatspräsident Tudjman eigens ein Dekret, in dem es heißt, daß unter kriegsähnlichen Zuständen alle Delikte im Zusammenhang mit Terrorismus Militärgerichten zugeordnet werden.

Die Aussage des zwanzigjährigen Hauptbelastungszeugen Gilic wurde mit Spannung erwartet, ging man doch davon aus, daß er das unter Zwang gemachte Geständnis, nämlich an dem Bombenanschlag beteiligt gewesen zu sein, zurückziehen würde. Der Prozeß wäre damit geplatzt. Die Rechtsanwälte wollen das Verfahren nun durchziehen, weil sie hoffen, mehr Erkenntnisse über die Tätigkeit des kroatischen Staatsschutzes an die Öffentlichkeit zu bringen. „Es besteht die Gefahr, daß die wahren Verantwortlichen für den Anschlag und die nachfolgenden Taten nicht zur Rechenschaft gezogen werden“, so die Vorsitzende der DA Lorgerer. Nach ihrer Auffassung dient die ganze Aktion dazu, der Regierungspartei HDZ in Dalmatien eine lästige Konkurrenzorganisation vom Hals zu schaffen. Die DA erhielt bei den letzten Wahlen in Kroatien um die 20 %, ihr Spitzenergebnis in Split lag bei 28 %. — (hav)

DOKUMENTIERT

Fausto Bertinotti, Rifondazione comunista, zum Wahlergebnis

... Gehen wir also davon aus, daß wir zur Kenntnis nehmen, daß wir geschlagen worden sind. Gleich danach müssen wir jedoch berücksichtigen, daß die Linken, die *Progressisti*, unter dieser so schwierigen Bedingung gezeigt haben, daß sie einen großen Teil des Landes repräsentieren: mehr als ein Drittel der gesamten Wählerschaft. Diese Wirklichkeit ist eine enorme Reserve an Talenten und politischen Leidenschaften, eine außerordentliche Leistungsfähigkeit, eine Ressource zur Veränderung. Die Partei ... erhält unter diesen Bedingungen ein ermutigendes Ergebnis: Nachdem die Wahlform geändert ist, kommt sie immer noch voran, in gegenläufiger Tendenz zu allen anderen politischen Kräften im Bereich der *Progressisti*, die natürlich mit der Ausnahme des PDS die nötige Schwelle für den Einzug ins Parlament nicht erreichen.

... Die Einheit der *Progressisti* ist der Versuch gewesen, den Rechten, die sich drohend im Land gezeigt haben, entgegenzutreten, sie zu stoppen und zu schlagen. Ein unerlässlicher, aber verspäteter Versuch.

Wir müssen die Gründe der Niederlage der *Progressisti* und der Kraft

der Rechten ernst analysieren. Deren Sieg ist seit den 80er Jahren lange ausgebrütet worden und steht in Verbindung mit innersten Motivationen, die die italienische Gesellschaft betroffen haben. Es handelt sich nicht um ein oberflächliches und vorübergehendes Phänomen. Um ihm entgegenzutreten und ihm den Boden zu entziehen, erwartet uns eine engagierte, schwierige und langdauernde Arbeit.

Die Linken ihrerseits wurden geschlagen, auch weil sie in ihrer Gesamtheit nicht geschafft haben, die Diskontinuität klarzumachen, ihren Bruch mit den politischen und sozialen Praktiken der 80er Jahre; weil sie nicht bis ins letzte als eine Kraft der Alternative mit klaren sozialen, politischen und programmatischen Unterscheidungsmerkmalen deutlich geworden sind und weil sie in ihrer Gesamtheit keine einheitliche Bewegung gewesen sind (wir fragen uns noch jetzt, wie es trotz unserer Anregungen, aber auch denen von *Rete*, möglich gewesen ist, daß in der ganzen Wahlkampagne keine einzige große nationale Massenkundgebung der *Progressisti* veranstaltet wurde).

Jetzt ist es an der Rechten, die Regierung des Landes zu übernehmen. Das wird hart werden. Die Straßenkämpfe

der Jugendlichen in Frankreich, ihre großen Kundgebungen zeigen uns, daß die Rechten ihre rechte Politik machen, daß der soziale Zusammenhalt auseinanderbricht, daß der soziale Konflikt ansteigt; aber auch, daß sich ohne die Politik die Bewegung nicht einigt, und daß ohne das Zusammentreffen von sozialem Konflikt und Politik, ohne das Zusammentreffen von sozialer Linken und den politischen Linken die Rechten nicht geschlagen werden und man die Alternative nicht vorbereitet. Man muß also geltend machen, einfordern und erreichen, daß die *Progressisti* auf dem Kampfplatz bleiben, daß im Land eine einheitliche politische Kraft antritt, eben die der *Progressisti*. Aber gerade um sie verwirklichen und zum Leben bringen zu können, um diese Leistungsfähigkeit zu entfalten, die bisher verkrampft und verkrüppelt war im Mangel an Alternativität aus dem Defizit an Unterschiedlichkeit und an Radikalität der Veränderung, das in der Gesamtheit der *Progressisti* vorgeherrscht hat, ist jetzt eine Kurskorrektur in ihrer Politik nötig. Die Entscheidung für die Opposition kann diese tiefe und notwendige Berichtigung der Linie fördern ...

(Fausto Bertinotti ist Sekretär von Rifondazione comunista)



Plakate aus dem Wahlkampf der linken Parteien

Italien als großes Unternehmen?

Die Hoffnung des linken Lagers, die Wahlerfolge der letzten Bürgermeisterwahlen auf Landesebene wiederholen zu können, hat sich nicht erfüllt. Das rechte Wahlbündnis „Pol der Freiheiten“ aus Forza Italia, Lega Nord und faschistischer Alleanza nazionale (früher MSI) hat in der Abgeordnetenkammer 360 von 630 Sitzen erhalten und im Senat nur einige weniger als die absolute Mehrheit. Das linke Bündnis kam auf 213 Sitze (Linksdemokratische Partei 115, Rifondazione comunista 40) und das christdemokratische Lager um die Volkspartei auf 46.

Das neue Wahlrecht (75% der Sitze aus Mehrheitswahl, 25% aus Verhältniswahl mit einer 4%-Hürde) hat den rechten Wahlerfolg gewaltig verstärkt: Mit ca. 43% der Stimmen, abgelesen am Verhältniswahlergebnis, sind die Rechten auf 58% der Mandate in der Kammer gekommen. Auf der anderen Seite haben die stärksten Betreiber der Mehrheitswahl aus Mario Segnis Referen-

Ein Wahlsieg für die drei rechten Strömungen

dumsbewegung und Christdemokraten den höchsten Preis dafür bezahlt. Nichtsdestotrotz sind die Stimmen für die Rechten stark gestiegen. Forza Italia, vor gerade zwei Monaten von dem Mailänder Medien-, Bau-, Handels-, Versicherungs- und Werbungsunternehmer Berlusconi gegründet, ist mit 21,1% zur stärksten Partei geworden. Die faschistische Alleanza nazionale erhielt 13,4%, die Lega Nord mit ihrer starken Stellung im Norden landesweit 8,4%. Ihren zusammen knapp 43% stehen 34,4% des linken Bündnisses (PDS 20,4%, Rifondazione 6,0%) und 15,7% des Zentrums gegenüber.

Die ersten Wahlanalysen zeigen, daß vor allem Anhänger der früheren Regierungsparteien in das Rechtslager geströmt sind: etwa jeder dritte frühere Wähler von Craxis Sozialistischer Partei und ca. 40% der Anhänger der

Christdemokraten. Besonders unter jugendlichen Wählern sollen die Rechten, speziell die Faschisten, überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben.

Der rechte Wahlerfolg wurde möglich, weil es Berlusconi gelang, drei unterschiedliche rechte Strömungen zusammenzubinden und damit angesichts des Mehrheitswahlrechts überhaupt erst Chancen für Wahlkreismehrheiten zu eröffnen. Mit einer äußerst aggressiven Wahlkampagne „gegen den Sieg des Kommunismus“ hat er an der Kalte-Kriegs-Propaganda der früheren Christdemokratie angeknüpft. Mit dem Versprechen, die Spitzensteuersätze auf nicht mehr als 33% zu senken, hatte er im bürgerlichen und Mittelklassenlager Erfolg. Mit der Ankündigung „Eine Million neue Arbeitsplätze“ scheint er auch bei lohnabhängigen Schichten Anhang gefunden zu haben, obwohl hinter dieser Ankündigung die Entfesselung der Marktwirtschaft steht (gesetzliche Vorhaben für neue Niedriglöhne, besonders für Jugendliche, Senkung der Sozialabgaben der Unternehmen u. a.).

Berlusconis Wahlkampf war darauf abgestellt, ihn als den ewig erfolgreichen Unternehmer darzustellen, der zu Gold macht, was er anfaßt: ob den Städtebau in Mailand, das riesige Privatfernsehzug oder auch seinen Fußballclub AC Mailand; der auch den Staat in Ordnung bringt, wenn man ihn nur mit seinen im rauen kapitalistischen Geschäftsleben erfolgreichen Methoden machen läßt. Und offensichtlich gab es eine große Zahl von Menschen, die bereit waren, diese Art Ermächtigung mit dem Stimmzettel auszusprechen.

Mit den Schlagworten der letzten zwei Jahre: „Kampf gegen Korruption“, „Erneuerung des Landes und seiner leitenden Klasse“ usw. hat das alles nichts zu tun. Berlusconi hat eine lange Vorgeschichte, die ihn mit den angeprangerten Erscheinungen verbindet:

Er war eine entscheidende Stütze Craxis und damit der früheren Regierungen. Er war in finstere Machenschaften verwickelt wie die Geheimloge „Propaganda 2“, die hinter den Kulissen auf alle gesellschaftlichen Bereiche Einfluß nehmen sollte. Das alles ist bekannt und hat dennoch dem Erfolg Berlusconi und der Rechten insgesamt keinen Abbruch getan. Das ganze rechte Lager steht vielmehr für die Abschaffung der Ersten Republik und ihrer Verfassungsordnung, die in Artikel 1 dem Anspruch nach Italien als „demokratische, auf die Arbeit gegründete Republik“ festlegt. Das rechte Lager sieht sich durch das Wahlergebnis zur Revision dieser Verfassungsordnung legitimiert.

Viele Erwartungen, auch bei der Opposition, gingen dahin, daß sich die unterschiedlichen rechten Strömungen (Lega-Separatismus contra AN/MSI-Zentralismus, Forza- und Lega-Markt-radikalismus contra AN-Ständevorstellungen) nicht auf ein Regierungsprogramm einigen könnten. Umberto Bossi von der Lega schien diese Hoffnungen zu nähren, als er erklärte: „Mit den Faschisten nie“, oder gegenüber einem Ministerpräsidenten Berlusconi: „Die Regierung kann nicht führen, wer zu viele private Interessen zu verteidigen hat“. Inzwischen verhandelt auch die Lega über Regierungsprogramm und Ministerposten. Der Eintritt von Faschisten in die Regierung war gleich nach der Wahl ausgemachte Sache.

Stärker als anderswo sind in Italien die Leitungen der öffentlichen Unternehmen und Banken, der Behörden und Sozialversicherungen, der öffentlichen Medien usw. von oben bis unten nach Parteienproporz besetzt. Die vielen tausend Posten, die Berlusconi hier neu verteilen kann, die Macht und gute Geschäfte bedeuten, wirken im rechten Lagereinigend.

Quellen: Corriere della Sera, 29. bis 31.3.; Dokument: aus Liberazione vom 1.4.94 — (rok)



Kundgebung der faschistischen Nationalen Allianz

Kriegsdienstverweigerer in Spanien

Wachsender Antimilitarismus verursacht der Armee Nachwuchssorgen.

Von Bele Beutler

Während der Prozentsatz der spanischen Verweigerer 1985 nur gut ein Prozent der Rekruten ausmachte, schnellten die Zahlen in den letzten Jahren rasant in die Höhe: 1991 verweigerten fast 13 % der Kriegsdienstpflichtigen, 1992 bereits knapp 20 %, im vergangenen Jahr 32,6 %, und eine Stagnation oder gar rückläufige Entwicklung für das laufende Jahr ist nicht zu erwarten.

Diese Situation löst im Verteidigungsministerium erhebliche Befürchtungen um die „Versorgung“ des spanischen Heeres mit Soldaten aus. Verstärkend wirkt der Umstand der geburten-schwachen Jahrgänge, ein Faktor, der bereits heute und (nach demographischen Prognosen) besonders deutlich ab 1997 zu Buche bzw. Lücken in die Reihen des Militärs schlägt.

Das Thema war in den letzten Monaten immer wieder Anlaß zu Debatten und den verschiedensten Vorschlägen, wie mit dem Kriegsdienst und seinen Verweigerern umgegangen werden soll.

Zivildienst als echte Alternative

Im Dezember vergangenen Jahres entflammte eine Diskussion über Für und Wider der Einführung eines Zivildienstes, der aufhöre, ein Ersatz für den Kriegsdienst zu sein und stattdessen zu einer wirklichen Wahl zwischen zivilem und militärischem Dienst führen würde. Doch dieser Vorschlag wurde nie konkretisiert und sehr schnell wieder ad acta gelegt, rief er doch Probleme hervor, wie die Frage nach der Beteiligung der Frauen an einem solchen Dienst, der Auswirkung eines solchen — dem Militärdienst gleichgestellten — Zivildienstes auf den Arbeitsmarkt oder — allen praktischen Erwägungen voran — das juristische Problem der Unvereinbarkeit mit der Verfassung, nach der der Militärdienst obligatorisch ist. Und: Er versprach keine Lösung für das Problem des mangelnden Nachwuchses in den Reihen des Militärs.

Berufsheer

Die Umwandlung der spanischen Streitkräfte in ein Berufsheer ist schon länger im Gespräch. In der Präambel des Militärdienstgesetzes von 1991 ist die Idee eines gemischten Heeres formuliert, das zur Hälfte aus Rekruten und zur anderen Hälfte aus Berufssoldaten bestünde. Doch inzwischen glaubt niemand mehr weder an eine vollständige noch eine fünfzigprozentige Professionalisierung der Armee. Der freiwillige Nachwuchs fehlt, und die Kosten für ein Berufsheer sind hoch. Zur Zeit betragen die Militärausgaben (bei einem Professionalisierungsgrad von 30 %) 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts. Um den Stand Hollands mit mehr als 50 % Berufssoldaten oder den Deutschlands (70 %) zu erreichen, müßten die Ausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts gehoben werden. Das ist auch, was die NATO empfiehlt, um nicht ein „wehrloses“ Land zu sein. (*cuatro Semanas Y Le Monde Diplomatique*, September 1993)

Verschärfen und bestrafen

In der aktuellen Diskussion zu diesem Thema tritt Verteidigungsminister Ju-

lián García Vargas für eine Verschärfung gegen die Kriegsdienstverweigerung ein. Er argumentiert dabei mit dem in letzter Zeit so beliebten europäischen Vergleich: Die spanische Regelung zur Kriegsdienstverweigerung sei die einzige in Europa, die Probleme verursache, und folglich habe sie einen Fehler, den Bestimmungen anderer Länder nicht hätten. (*El País*, 2.3.1994) So fragwürdig diese Argumentation an sich ist, muß darauf hingewiesen werden, daß sie in diesem Fall nicht einmal zutreffend ist: Die jüngsten Auseinandersetzungen in der österreichischen Regierungskoalition um den Ersatzdienst sind ein Gegenbeweis für die angebliche Problemlosigkeit dieses Themas in anderen europäischen Ländern (siehe dazu Schweizerische *Friedenszeitung* 2/94). Das spanische Verteidigungsministerium erwägt sogar, denjenigen die Kriegsdienstverweigerung zu erschweren oder abzulehnen, die Fahrerflucht begangen haben oder im Besitz von einem Waffenschein sind, was vor allem die in Spanien recht große

Mallorca, um die Mißhandlungen seitens Gefreiter und Veteranen zu denunzieren. Die Soldaten wurden mit dem entsprechenden Arrest bestraft, die beklagten Vorfälle nicht verfolgt. Im Februar desertierte nun eine Gruppe von 18 Soldaten der gleichen Einheit, um erneut auf ihre Situation aufmerksam zu machen: Nach der Willkür der Vorgesetzten müssen die Rekruten gelegentlich die Waschstraße für Lastwagen passieren, ohne sich anschließend ihrer durchnässten Kleidung entledigen zu dürfen, werden vom Gefreiten mit der Faust auf die Brust geschlagen, um ihr Aushaltvermögen zu testen, und erfahren eine permanente Minderbehandlung gegenüber Ranghöheren bis hin zu der Aufschiebung ihrer sanitären Versorgung bei Verletzungen, da es sich ja „nur“ um Rekruten handele.

Quälerei von Rekruten

Nach Daten des Verteidigungsministeriums nahmen sich 1991 neunzehn Ju-

für den Einzelnen ein langes Warten und eingeschränkte Lebensplanung und schadet insgesamt dem Ansehen des Kriegsdienstverweigerers.

Totalverweigerung

1989 gab es die ersten Jugendlichen in Spanien, die sowohl den Kriegsdienst als auch den Ersatzdienst verweigerten. Inzwischen ist die Bewegung der Totalverweigerer aus keiner Diskussion über den Kriegsdienst mehr wegzudenken. Die Zahl der Totalverweigerer variiert je nach Quelle. Meistens wird von insgesamt 3500 bis 4000 Jugendlichen gesprochen, die sich bisher zu Totalverweigerern deklarierten. Das Gesetz sieht für sie eine Gefängnisstrafe vor von mindestens zwei Jahren, vier Monaten und einem Tag und maximal sechs Jahren. Die Tatsache, daß eine große Uneinlichkeit in den Gerichtsurteilen besteht und daß ein Großteil der Totalverweigerer zu Strafen von weniger als einem Jahr verurteilt wird (was bedeutet, daß sie nicht ins Gefängnis müssen), zeigt zum einen den Mangel an einheitlichen Kriterien und zum anderen die Sympathie vieler Richter für die Totalverweigerung.

Antimilitarismus versus „internationale Verantwortung“

Während auf der einen Seite die nationale Verteidigungs junta neue Richtlinien beschloß, nach denen auch die spanischen Streitkräfte an „humanitären Missionen und Aktionen zur Sicherung des Friedens“ außerhalb ihrer Landesgrenzen teilnehmen sollen (Versammlung der nationalen Verteidigungs junta, das höchste Beratungsorgan der Regierung bei diesem Thema, am 20. Febr. 1992) und sich dies auch in den Wahlprogrammen mehrerer Parteien wiederfinden läßt (im Wahlprogramm der Regierungspartei, der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens PSOE; der Volkspartei PP und der baskischen Partei PNV), hatte die Entsendung spanischer Marineeinheiten in den Golfkrieg sowohl diejenigen zahlen- und kräftemäßig bestärkt, die den Kriegsdienst ab-

Sympathie mit Verweigerern

lehnen, als auch diejenigen, die sich darüber hinaus gegen den Zivildienst als Kriegshilfsdienst hinter der Front aussprechen. Es ist nicht nur die Gruppe der Verweigerer gewachsen, sondern auch die öffentliche Sympathie mit ihnen. Als Ausdruck der gesellschaftlichen Zustimmung steht bei den Prozessen gegen Totalverweigerer — nach der Strategie der spanischen „Bewegung für Gewissensverweigerung“ (MOC) — nicht allein der Angeklagte vor dem Tribunal, sondern mit ihm mehrere sogenannte Selbstbeschuldigte. Die Präsidenten dieser Personen, die angeben, den Jugendlichen zur Verweigerung „angestiftet“ zu haben, soll den politischen Druck erhöhen. Außerdem gibt es eine Reihe von Totalverweigerern, die auf Strafnachlaß verzichten und freiwillig die im Gesetz vorgesehene Haftstrafe absitzen, um damit ihrer Solidarität gegenüber den zu Gefängnis Verurteilten Ausdruck zu geben und ihrem Kampf gegen Gefangene aus Gewissensgründen Nachdruck zu verleihen.



„Für den Frieden: Verweigerung“.

Foto: Yamila Jerez Novara, Madrid.

Gruppe der Hobbyjäger betrifft. Und wer sich jedem Dienst verweigert, dem will auch der Staat nicht mehr den Dienst erweisen, ihn einzustellen: Statt der bisherigen Gefängnisstrafe für Totalverweigerer will das Justizministerium diesen Jugendlichen die berufliche Zukunft einschränken, indem ihnen das Recht aberkannt wird, ein Amt im öffentlichen Dienst auszuüben.

Hinter den Kasernenmauern

Die letztes Jahr in Spanien erlassene neue Verordnung zum Militärdienst besteht ausschließlich darin, die Bedingungen zu erschweren, um sich vom Kriegsdienst aus gesundheitlichen Gründen befreien oder aus Gründen der Ausbildung zurückstellen zu lassen. Von der Neuordnung unangetastet blieb dagegen der Alltag der Rekruten in der Kaserne und ihre Behandlung durch die Vorgesetzten. Und das, obwohl der Militärdienst in Spanien bekannt ist für die Demütigungen und Qualen, denen viele Soldaten durch ihre Vorgesetzten ausgesetzt sind. Letztes Jahr flohen zwei Soldaten aus der Kaserne der Spezialtruppe in Palma de

gendliche während des Kriegsdienstes das Leben, zwanzig starben durch militärische Unfälle innerhalb der Kaserne. Hinzu kommen die auf der Straße verunglückten Jugendlichen auf dem Weg zwischen Kaserne und zu Hause und die Verletzten der „Wehrübungen“.

Mängel in der Verwaltung

Die Kriegsdienstverweigerung ist in Spanien 1984 gesetzlich geregelt, aber erst 1988 in die Praxis umgesetzt worden. Sie ist technisch gesehen kein Grundrecht, sondern bedeutet eine „Ausnahme zur Ausübung einer allgemeinen Pflicht“ (Urteil 15/1982 und 160 und 161 von 1987). Der Kriegsdienst beträgt derzeit neun Monate, der zivile Ersatzdienst dreizehn. Das Verfahren zur Verweigerung des Kriegsdienstes ist relativ einfach, und die Anerkennungsquote liegt bei 96 %. Ein erheblicher Mangel besteht jedoch in der Verwaltung, die nicht genügend Plätze für den Ersatzdienst zur Verfügung stellt, mit der Folge, daß Jahre vergehen zwischen der Anerkennung eines Kriegsdienstverweigerers und der Bereitstellung eines Zivildienstplatzes. Das bedeutet



Foto: M. Sch.

Kurdistan: 60 Prozent Wahlboykott

Rudolf Bürgel über die Kommunalwahlen in der Türkei und in Kurdistan

Nach Angaben der Tageszeitung *Özgür Gündem* und der Demokratiapartei (DEP) haben mehr als 60 % der kurdischen Bevölkerung die Kommunalwahlen am 27. März boykottiert. Die zahlreichen internationalen Delegationen verhinderten mit ihrer Anwesenheit in vielen Städten und Dörfern mehrfach, daß es zu den angekündigten Übergriffen der türkischen Sicherheitskräfte kam.

Große internationale Aufmerksamkeit erregten die Kommunalwahlen in der Türkei, besonders in den kurdischen Provinzen. Durch massive staatliche Repressions- und Unterdrückungsmaßnahmen war die Demokratiapartei (DEP) zum Verzicht auf eine Kandidatur gezwungen worden. Die Demokratiapartei hatte gehofft, in den Kommunalwahlen über 90 % der Stimmen auf den Dörfern und über 70 % in den Städten zu gewinnen. Es wäre ein Referendum für Kurdistan geworden. Aber nach den Verhaftungen, Bomben- und Mordanschlägen rief die DEP zum Wahlboykott auf. Die Befreiungsbewegung PKK rief daraufhin ebenfalls zum Boykott auf, verbot die Wahlen, forderte die Kandidaten zum Rückzug auf und kündigte andernfalls Konsequenzen an.

Die türkische Regierung verstärkte vor Newroz und den Wahlen die Militärkräfte in Kurdistan auf 500.000 Soldaten und die der Dorfschützer auf 57.000. Es setzt ein unglaublicher Terror besonders gegen die kurdische Landbevölkerung ein. Dorfbewohner berichteten den zu den Wahlen anwesenden internationalen Beobachterdelegationen, daß die türkischen Militärs ihr Dorf abbrennen würden, wenn sie nicht wählen gehen. Andere berichteten, daß die Soldaten sie mit Militärfahrzeugen, manche sogar mit Hubschraubern, zu den Urnen bringen sollten.

In der Türkei herrscht gesetzlich Wahlpflicht. Nicht zur Wahl gehen zieht eine Geldstrafe von 200.000 TL nach sich. Ein durchschnittliches Beamtengehalt macht drei Millionen TL aus. In den Armenvierteln, wo die zwei Millionen Flüchtlinge leben, in Städten mit über 70 % Arbeitslosigkeit wie Diyarbakir ist diese Strafe bei zwei bis vier Wahlberechtigten pro Familie nicht mehr tragbar.

Die türkische Regierung änderte das Wahlgesetz. Nicht mehr in jedem Dorf

sollte eine Urne stehen. Bewaffnete Dorfschützer und Soldaten sollten die Urnen bewachen. Diese dürften auch bewaffnet zur Wahl gehen. Die Urnen sollten nicht mehr an Ort und Stelle ausgezählt werden, sondern vom Militär in die nächstgrößere Stadt gebracht werden. Somit war neben der Repression auch gleich der Weg zur Wahlfälschung geöffnet worden.

Nach den Wahlen schweigen sich die Medien in der Türkei wie auch in Europa über die genaue Wahlbeteiligung in den kurdischen Provinzen der Türkei aus. Die türkische Wahlstatistik sagt einem nicht, wieviele Wahlberechtigte welchen Kandidaten gewählt haben, sondern gibt bewußt nur die Siegerpartei an.

Die Tageszeitung *Özgür Gündem* und die Demokratiapartei (DEP) haben sich darum bemüht aufzuklären, wie hoch die Unterstützung des Wahlboykotts war. Hier einige Ergebnisse:

In der Provinz Dersim boykottierten knapp 79 % der Wahlberechtigten die Wahl, in Iğdir und Agri 70 %, in Diyarbakir 49 %, in Sirtak 38 %, in Hakkari 30 % und selbst in der türkische Industriestadt Gebze in der Marmara-Industrieregion boykottierten 47 %.

Viele Menschen wurden unter Druck, Androhung von Gewalt und Repression zur Wahl gezwungen. Eine Delegation aus Karlsruhe bekam in Nusaybin an der türkisch-syrischen Grenze von dem Menschenrechtsverein und der DEP Briefe zugesteckt, in denen die Organisationen erklärten, daß sie wegen dem Staatsterror zur Wahl gehen werden, aber ungültig stimmen werden. Unbestätigten Meldungen zufolge sollen in Nusaybin von 17.000 Wahlberechtigten 10.000 abgestimmt haben, davon 70 % ungültig. In Diyarbakir waren nur 42 % der abgegebenen Stimmen gültig. Der jetzige Bürgermeister der fundamentalistischen Wohlfahrtspartei (RP) wurde hier nur mit 4 % der Stimmen aller Wahlberechtigten gewählt.

Deutlich ist, daß der Anteil der boykottierenden Wählerinnen und Wähler auf dem Lande größer ist. In den Städten konzentrieren sich die türkischen Staatsbeamten, Sicherheitskräfte und Militärs sowie oft auch Dorfschützer. In einer Stadt wie Kars beträgt der Anteil der Sicherheitskräfte und Militärs allein 38 % von 149.000 Wahlberechtigten,

das sind über 56.600 Personen. In Sirtak oder Cizre war die kurdische Wohnbevölkerung zum Großteil vertrieben und manche Stadtviertel völlig neu mit Dorfschützern besiedelt worden. In Cizre flohen an die 20.000 Menschen aus der Stadt. So wurde in Sirtak der Dorfschützer M. Besir Tatar, der für die ANAP kandidierte, und in Cizre der Dorfschützer Kamil Atak (Wohlfahrtspartei) gewählt.

In den kurdischen Provinzen gingen die abgegebenen Stimmen überwiegend an die fundamentalistische Wohlfahrtspartei. Die Mehrzahl ihrer Wähler waren Dorfschützer, Soldaten, Polizisten, Spezialteamkräfte und ihre Angehörigen. Das Kurdistan Informationsbüro Deutschland bewertet dies so: „Zum einen drückt das Ergebnis die ideologisch-fundamentalistische Ausrichtung der Dorfschützer aus, die vom türkischen Staat mit dieser Ideologie gegen die ‚gottlose PKK‘ als Feindbild eingesetzt werden. Zum anderen ist es eindeutig auch als Protest gegen die harte Linie des kemalistischen türkischen Staates in der kurdischen Frage zu sehen.“

Im Landesdurchschnitt erreichte keine Partei mehr als 23 % der abgegebenen Stimmen. Das Regierungsbündnis von DYP und SHP erreichte knapp 35 % der abgegebenen Stimmen. In den 15 größten Städten (darunter Istanbul und Ankara) wurden allein sechs Bürgermeister der fundamentalistischen Wohlfahrtspartei gewählt. Nachdem mehr und mehr ungeöffnete Urnen und auch Stimmzettel auf Müllkippen auftauchen, haben bis auf die Wohlfahrtspartei und die faschistische MHP alle Parteien eine Wahlwiederholung gefordert.

Der Ausgang der Wahlen in den kurdischen Provinzen wird von der Demokratiapartei als ein deutliches Zeichen dafür gewertet, daß ihr Wahlboykottaufruf von einem Großteil der kurdischen Bevölkerung eingehalten wurde. Der stellvertretende DEP-Vorsitzende Remzi Kartal forderte, daß die Wahl für ungültig erklärt werden müsse, da sie nicht den Willen des Volkes ausdrückt. Das Ergebnis sei Ausdruck dafür, daß die kurdische Bevölkerung hinter der Demokratiapartei stehe.

Quellen: *Özgür Gündem*, 31.3.1994, Pressemitteilung des Kurdistan-Informationsbüros Köln, 29.3.1994

Wahltag in der Region Mardin

Unsere Delegation, bestehend aus 13 TeilnehmerInnen (Stuttgart, Tübingen, Reutlingen, München), ist heute morgen gegen acht Uhr zum Dorf Gürpınar, 15 km von Mardin Richtung Diyarbakir, aufgebrochen, um dort die Wahlen zu beobachten. Im ganzen Dorf, besonders auch auf den Dächern, war Militär postiert (ca. 30 Soldaten, vier Militär-Jeeps und ein Panzer).

Ein Soldat bestätigte uns, daß hier die Wahl für sieben umliegenden Dörfer durchgeführt werden soll. Die Wahlhelfer, sichtbar eingeschüchtert, gaben kaum Informationen. Der zuständige Kommandant forderte uns mehrere Male auf, sofort nach Diyarbakir oder Mardin zu fahren. Dann fuhren der Panzerwagen und ein Militärjeep mit Soldaten in Richtung Elmarbalice. Einer der wenigen anwesenden Dorfbewohner sagte uns, daß das Militär die Leute jetzt mit Gewalt zum Wahlort treiben würde. Kurze Zeit später kamen aus genannter Richtung die ersten „Wählergruppen“.

Bald darauf kamen auch aus der Gegenrichtung Gruppen von Dorfbewohnern aus dem Ort Erdali. Obwohl wir uns vom Wahllokal abseits halten mußten, kamen immer wieder einzelne Männer und später auch eine Gruppe von Frauen auf uns zu. Eine junge Frau, die türkisch sprechen konnte, fragte mit Tränen in den Augen: „Warum helfst Ihr uns nicht? Schreibt alles auf!“ Alle sagten übereinstimmend, daß sie nur deshalb zur Wahl gegangen seien, weil sonst ihre Dörfer niedergebrannt würden. Eine Frau beschrieb den Wahlvorgang folgendermaßen: „Sie streichen stinkendes Zeug auf unsere Finger und der Soldat führt unsere Hand.“

Das Aufgebot an Militär als Indiz für nicht demokratisch durchgeführte Wahlen wurde von der anwesenden Bevölkerung bestätigt. Alle Befragten gaben übereinstimmend an, daß sie sich in einer lebensbedrohlichen Situation befinden und selbst wegen der Kontaktaufnahme mit uns mit schwerwiegenden Repressionen zu rechnen haben...

(aus: Kurdistan-Rundbrief 7/94)



Kurdischer Bauer in Mardin. Vor ihm ein Blindgänger. Foto: rub

Die „Neue Linie“: stramm nach rechts

In Konstanz wollen Rechte ins Kommunalparlament einziehen

Nicht nur kommunalpolitisch Interessierte dürften in Konstanz vor einigen Wochen aufgemerkt haben. Will doch ein erst Ende Januar frisch aus der Taufe gehobener Verein „Neue Linie Konstanz“ in den nächsten Gemeinderat einziehen und damit künftig die kommunalpolitischen Geschicke mitbestimmen. Bisher hat in dem 40-köpfigen Rat der Stadt am Bodensee eine bürgerliche Mehrheit aus CDU, FDP und Freien Wählern das Sagen, vertreten sind außerdem Sozialdemokraten, Grüne und die Reps. Wohl um zu zeigen, wie ernst es den Beteiligten mit ihrer „neuen Linie“ ist, erklärten sich schon auf der Gründungsversammlung auf Anheiß 20 der Anwesenden bereit, auf einer Gemeinderatsliste zu kandidieren.

Für Bürgernähe, contra „Quatschbude“ Gemeinderat?

Die Ziele, für die sie eintreten wollen, können sich auf den ersten Blick durchaus sehen lassen. Gegen „Filz und Ämterhäufung“, gegen „Verwaltungsmissbrauch“ und für „Bürgernähe“ will man in den Wahlkampf ziehen. Starke Worte fielen auf der von rund 40 Leuten besuchten Gründungsversammlung, glaubt man der lokalen Presse. Da wurde der Konstanzer Gemeinderat als „Quatschbude“ bezeichnet, die Stadträte hingen untereinander und mit der Verwaltung in dickem Filz zusammen, das Resultat ihrer Arbeit sei schlechte, bürgerferne Politik.

Wem solche Parolen bekannt vorkommen, der hat sich nicht getäuscht; Ähnlichkeiten zur Hamburger „Statt Partei“ sind nicht zufällig und voll beabsichtigt.

Kein Wunder, daß bei den Worten, die am häufigsten auf Veranstaltungen der „Neuen Linie“ fallende „Parteiverdrossenheit“ ganz vorn liegt. Zwar wird die Eigenständigkeit des Konstanzer Vereins betont, mit einem mittlerweile gegründeten Kreisverband der „Statt Partei“ pflegt man jedoch nach eigener Aussage „intensive Kontakte“ und führt Gespräche mit dem Ziel künftiger Zusammenarbeit.

Wer hat sich da zusammengefunden,

welche Interessen stecken hinter der „Neuen Linie“? Nach den Worten eines der beiden Initiatoren, dem Vorsitzenden des Geschäftsleute-Verbands „Treffpunkt Konstanz“, versteht man sich als nicht parteigebundene „liberal-sozial-konservative bürgerliche Gruppierung“, die diese Schlagworte „mit Leben füllen wolle“.

Für Wirtschaftsförderung und Sozialabbau

Und in der Vereinssatzung heißt es zu den Zielen der „Neuen Linie“, man wolle „in der Bevölkerung das Interesse an kommunal- und landespolitischen Fragen ... intensivieren und die Bereitschaft zur Mitarbeit in politischen Gremien ... fördern“.

Schaut man sich die Namen und Funktionen derer an, die sich für den neuen Verein stark machen, wird schnell klar, daß es sich dabei um einen Zusammenschluß von Konstanzer Geschäftsleuten — vor allem aus dem Bereich der Gastronomie und Tourismusbranche — sowie einigen (Sport)vereinsfunktionären handelt, die sich offensichtlich zunehmend in Widerspruch zu der vom Konstanzer Bürgerblock praktizierten Kommunalpolitik sehen.

Diese lauthals geäußerte Unzufriedenheit hat natürlich nicht zuletzt auch mit der maroden Finanzlage der Stadt zu tun, die dazu führt, daß auch diesen Schichten viel Liebgewonnenes zusammengestrichen wird.

Das Anfang März verabschiedete Programm der „Neuen Linie“ bestätigt diese Einschätzung. Danach will die Liste im Gemeinderat eine „wirtschaftsfreundlichere Politik“ als bisher machen. Großprojekte müßten sich „an der Wirtschaftlichkeit orientieren und einen hohen Wirtschaftsförderungscharakter aufweisen“, heißt es in dem Programm. Gefordert wird außerdem mehr Privatisierung, die Vergabe von billigem Bauland vorzugsweise an baulustige Kapitalisten und ähnliche Maßnahmen mehr. Dagegen wird im sozialen Bereich unter dem Stichwort „Eigeninitiative“ für den Abbau von Leistungen bei Kindergärten, Altenheimen und Jugendstätten geworben. Auch der soziale

Wohnungsbau soll nach „neuen Finanzierungsmodellen“ betrieben, sprich zusammengestrichen werden. Diese programmatischen Aussagen, ergänzt um das, was die Initiatoren — neben dem Treffpunkt-Vorsitzenden Schindele handelt es sich um den Rechtsanwalt und Reiseunternehmer Pelizaeus — am Abend der Vereinsgründung vom Stapel ließen, lassen befürchten, daß die „Neue Linie“ stramm nach rechts führen soll.

Welche Fachurteile?

Zwar redet man auch von „Bürgerentscheiden“ nach Schweizer Vorbild, fordert gleichzeitig jedoch kategorisch eine „strengere Folgsamkeit des Gemeinderats gegenüber Fachurteilen“. Von welchen Fachurteilen ist da wohl die Rede? Man erinnert sich unwillkürlich an die in den letzten Jahren gebetsmühlenhaft von der Gastronomie- und Tourismusbranche geforderte Umgestaltung der Innenstadt, damit die Geschäfte besser florieren: mehr Parkplätze, mehr Parkhäuser ... Um diese Forderungen zu untermauern, hat man schon viele Fachleute auffahren lassen; daß im Gemeinderat viele solch interessierten fachmännischen Rat häufig nicht folgten, wurmt natürlich, hat aber mit schlechter Politik oder gar Filz wenig zu tun. Nebenbei: „Quatschbude“ ist eine von Faschisten gern gebrauchte Bezeichnung, mit der für eine vermeintliche Überlegenheit des Führerprinzips gegenüber parlamentarischen Gremien geworben werden soll. Auch andere Forderungen der „Neuen Linie“ geben Anlaß zur Sorge. So forderte man unter anderem eine „Mißbrauchsvermeidung bei den Sozialausgaben“ und die „Abschaffung der Gewerbesteuer“ — während den durch die aktuelle Politik wahrlich gebeutelten Ärmsten der Gesellschaft der Gürtel noch einige Löcher enger geschnallt werden soll, will man

die (wohlhabenden) Eigentümer noch stärker entlasten.

Es scheint, daß die „Neue Linie“ nicht eigentlich eine Kommunalpolitik ablehnt, die ja tatsächlich arrogant über die Interessen der Mehrzahl der Bevölkerung hinweggeht; die die schröpt, die am wenigsten haben, und denen, die schon viel zu viel besitzen. Was unsere aufmuckenden Geschäftsleute stört, ist die Tatsache, daß Gemeinderat und Stadtverwaltung nicht ausführende Organe der eigenen Zukunft sind. Auf freie Innenstädte — schadet den Geschäften. Wachsende Sozialausgaben für immer mehr Arme — verringern die Mittel für den Ausbau der einkaufsfreundlichen Innenstadt. Gewerbesteuererhöhungen für den kommunalen Haushalt — schmälert die eigenen Gewinne. Insofern verbirgt sich hinter dem Schlagwort von der Bürgernähe nichts als der platte Wunsch, die eigenen engen sozialen Interessen durchzudrücken — was kümmern einen da andere, zumal wenn es sich um Leute handelt, die man noch nicht mal als Bürger akzeptiert. Denn ein Wahlrecht will die „Neue Linie“ nur „EG-Ausländern“ zugestehen. — (jüg)



Stadt-Partei-Chef Dimpfel: „Immense Chancen“



Stadt-Partei-Chef Schittke: „Hervorragende Pflanze“

Niedersachsen: 2 ehemalige „Republikaner“ sind jetzt bei örtlichen „STATT-Parteien“ gelandet. Bilddokument aus: „Der Spiegel“.



In zahlreichen Orten fanden auch in diesem Jahr wieder die Ostermärsche statt. In Köln (Bild) beteiligten sich 400 Leute trotz schlechten Wetters. Auf der Abschlussskundgebung wurde die Rüstungspolitik der Bundesregierung scharf kritisiert. Die Teilnehmer gedachten des Todes von Lizzy Schmidt. — (j)

Neuer Streiter für Brunner

Hannover. Der Professor Eberhard Hamer, Leiter des Mittelstandsinstitutes in Hannover, ist Mitglied des Brunner'schen „Bund Freier Bürger“ geworden. Das ehemalige CDU-Mitglied hatte im März 1991 in einer Talkshow von Nord 3 verkündet: „Was jetzt auf uns zukommt, ist nicht nur etwas Gedachtes, sondern es stehen Millionen Polen auf gepackten Koffern, die wollen herkommen, die wollen für immer kommen. Der Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft wird uns auch bis zu 20 Millionen Leute bringen, die mit Gewalt hierherkommen, darunter eine Million ethnische Minderheiten ...“ und „hier findet unter dem Begriff Asyl — das muß man einfach sehen — eine kriminelle Subkultur statt“.

Als ein anderer Gast die Ermordung der Sinti durch die Nazis ansprach, schrie Hamer: „Diese alte Masche wollen wir nicht ständig hören.“ Aufsehen erregte Hamer auch mit seiner beim

„Heißen Stuhl“ vertretenen These: „Je der Arbeitnehmer macht regelmäßig blau.“ In einer anderen Talkshow gab Hamer von sich, daß „die Fleißigen immer mehr Faule mitschleppen“ müssen — und das sei ein „Virus, den die Sozialdemokratie hergebracht“ habe. aus: Konkret Nr. 7/94 — (peb)

Privatisierung der Politessen abgewehrt

Mannheim. Die Verwaltungsspitze der Stadt hat ihren Plan zurückgezogen, das Geschäft der städtischen Politessen auf die (städtische) Parkhaus GmbH zu übertragen und somit zu privatisieren. Der städtische Vollzugsdienst erbringt der Stadt ca. 700 TDM Jahresüberschuß; die Parkhausgesellschaft arbeitet defizitär. DKP und Grüne traten entschieden gegen diese Privatisierung auf. Stadtrat Ebert (DKP) verwies auf die dann eintretende Schlechterstellung der betroffenen Frauen sowie auf die Gefahr, daß die Parkhaus GmbH verschluckt werde, durch entsprechend aggress-

BR-WAHLEN BEI JUNGHEINRICH

Der „frische Wind“ war „fauler Muff“

Hamburg. Unter der Parole, „frischen Wind“ in den Betriebsrat zu bringen, mit dem Vorstand in „Dialog statt Konfrontation“ zu treten, war es einer Liste „Unabhängiger“ gelungen, bei den Betriebsratswahlen im März 4 von 9 Sitzen zu erobern.

Die IG Metall hat ebenfalls vier Plätze. Die DAG aber ist mit einem Sitz das Zünglein an der Waage. Die konstituierende Sitzung, in der nach Gesetz zumindest Vorsitz und stellvertretender BR-Vorsitz zu wählen sind, scheiterte und mußte vertagt werden. Es war absehbar, daß eine Konstituierung unter diesen Machtverhältnissen schwierig werden würde. Um aber dennoch eine Grundlage für die anstehenden Personalentscheidungen zu bekommen, hatten die IG-Metall-Vertreter für diese Sitzung ein Papier unter dem Titel „Vorhaben und Zielsetzungen, die der neue BR fortführen und anpacken muß“, verfaßt. Dieser Diskussion entzogen sich die neuen BR-Mitglieder, gestützt auf die DAG-Kollegin, rigoros: „Wir wollen erst mal wählen, dann werden wir schon sehen, was wir machen ...“ — und: „Wir wollen den Machtwechsel!“ Mit dieser Haltung waren sie nicht gewillt zu beantworten, ob es z. B. wahr ist, daß eine der neuen Kolleginnen als Controllerin unmittelbar beim Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen mitgewirkt hat. Oder wie sich das BR-Mitglied, das Vorgesetzter von Kundendienst-Technikern ist, sein Amt künftig in der persönlichen Betreuung der ihm zugeordneten Kollegen vorstellt. Und: Wie es überhaupt vernünftig sein soll, daß total unerfahrene und in allen Fragen der Betriebsratsarbeit ahnungslose Menschen gleich alle wichtigen Funktionen und Ämter besetzen wollen — als ob Kenntnisse im Arbeitsrecht und Erfahrung in der Betriebsratsarbeit nur Ballast wären.

So scheint es dem Arbeitgeber erstmal gelungen zu sein, den Betriebsrat zu spalten. In Verbindung mit der von der DAG voll durch Rechtsberatung unterstützten Kollegin — offensichtlich mit dem Ziel, demnächst einen DAG-Betriebsratsvorsitzenden bei Jungheinrich zu werben — praktiziert es diese Gruppe, den „Dialog“ über die Sachfragen der Interessenvertretung total zu verweigern, umgekehrt aber massiv Konfrontation in den Betriebsrat hin-

einzutragen. Der Vertrauenskörper der IG Metall schreibt dazu: „Wir fürchten, daß hier eine Gruppe das Wahlergebnis nutzen will, entweder für persönliche Interessen oder um der Firma den Gefallen zu tun, die Betriebsratsarbeit zu zerschlagen.“ — (hel)

NPD-LANDESPARTEITAG NRW

„Vertuschen“ als politische Strategie?

Wäre es nach der Stadtverwaltung gegangen, so hätte die Öffentlichkeit gar nicht erfahren, daß die NPD am 20./3. 1994 in Essen ihren Landesparteitag abhalten konnte.

Nur durch einen Zufall wurde diese Absicht durchkreuzt, allerdings erst am gleichen Tag und zu spät für Gegenaktionen. Immerhin: Fast zwei Wochen lang fand in der *Neuen Ruhr Zeitung* eine lebhaft Auseinandersetzung statt. Einzelpersonen und Organisationen wie DGB, SJD-Die Falken, Jusos und Die Grünen haben dagegen protestiert, daß der Parteitag in städtischen Räumen stattfand.

Was war geschehen? Vor mehreren Wochen vermietete der Pächter für den 20.3. Räume im Schloß Borbeck, er glaubte an einen Verein. Etwa zwei Wochen vor dem Termin wurde ihm klar, daß es tatsächlich um einen NPD-Landesparteitag ging. Er informierte das zuständige Liegenschaftsamt und fragte nach, ob er die Räume dafür überhaupt zur Verfügung stellen dürfe. Das Liegenschaftsamt hielt die Vermietung jedoch für unbedenklich. Dadurch hat die Essener Stadtverwaltung dem Landesverband der NPD Gelegenheit gegeben, klammheimlich Hetzkampagnen und Provokationen für die anstehenden Wahlen zu planen und eine Landesliste für die Bundestagswahlen aufzustellen. Dieses Vorgehen widerspricht zwei Ratsbeschlüssen von 1987, in denen die Verwaltung aufgefordert wurde, „alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen“, um Veranstaltungen faschistischer Gruppierungen zu verhindern. Trotzdem hat nicht nur der zuständige Ordnungsdezernent Görgens (CDU) die Entscheidung der Verwaltung verteidigt. Zunächst beschwerte sich Oberbürgermeisterin Jäger (SPD) telefonisch bei der *Neuen Ruhr Zeitung*, weil dieses Blatt über den mißlungenen Versuch, den NPD-Parteitag geräuschlos laufen zu lassen, kritisch berichtete. Sie brauchte drei Tage, um dann doch ihr

Bedauern darüber zu äußern, daß der Parteitag in Essen stattfinden konnte. In einem Schreiben an das Antifaschistische Forum erklärte Frau Jäger inzwischen, daß auch sie der Auffassung ist, daß die Ratsbeschlüsse von 1987 weiter Gültigkeit haben.

Um solche Aussagen zu bekräftigen, hat das Antifaschistische Forum einen Bürgerantrag verfaßt. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Verträge mit den Pächtern städtischer Liegenschaften in Hinblick auf mögliche antifaschistische, antirassistische Klauseln zu überprüfen. Zur Zeit werden Unterschriften unter den Antrag gesammelt. — (wof)



MÜNCHEN

12. 6.: Wiederholung der Stadtratswahl

In München muß die Stadtratswahl am 12. Juni, also zeitgleich mit den Europawahlen, wegen einer Anfechtungsklage der „Jungen Liste“ wiederholt werden.

Das Rathausbündnis von SPD und Grünen, das für eine solidarische Stadtgemeinschaft eintritt, wird besonders attackiert von der Gauweiler-CSU. Gauweiler ist immer noch Chef in München, und das läßt wieder einen CSU-Wahlkampf befürchten, der auf Hetze, Ausgrenzung und Spaltung setzt. Bei den letzten Kommunalwahlen erhielt die CSU 30,1%. Dies reichte nicht, das rot-grüne Bündnis von SPD und Grünen zu verhindern, die 42,0 plus 9,5% erhielten. Eine knappe Mehrheit von 51,5% machte alle Spekulationen auf ein noch stär-

keres kommunalpolitisches Zusammenwirken zwischen CSU und den Republikanern glücklicherweise überflüssig. Letztere haben 1990 7,3 Prozent der Stimmen eingefangen.

Die FDP, die mit 5,3% 1990 knapp in den Stadtrat eingezogen ist, bekommt mit der jetzt kandidierenden STATT-Partei Konkurrenz, die aber auch alle anderen Parteien Stimmen kosten wird. Beim CSU-Ableger mit dem etwas verlogenen Namen „Junge Liste“ sammeln sich jetzt verdächtig viele „Gauweiler-Gegner“. Diese CSU-Tarnliste soll ermöglichen, daß karrierefähiger Parteinachwuchs schneller den Sprung in den Stadtrat schafft, was eigentlich nicht sehr demokratisch ist. Diese Partei-Schöpfungen aus dem rechten Lager werden natürlich dafür gebraucht, das rot-grüne Bündnis erfolgreich anzugreifen. Was werden die Themen sein, über die die Polarisierung in der Stadt erfolgen soll? Die Gauweiler-CSU in München neigt bekanntlich zum Rechtsextremismus und will sich von den Republikanern nicht rechts überholen lassen. Die Republikaner brauchen also nur bestimmte Themen placieren, und schon bestimmen sie die rechte Oppositionspolitik. Nach einer Meldung in der *Süddeutschen* vom 26./27. März wollen die REP 10 Prozent der Stimmen anpeilen. Als Schwerpunkte künftiger Rathauspolitik kündigen sie den Abbau der städtischen Verschuldung an. Der Stadthaushalt solle durch Privatisierung der Abfallwirtschaft, des Schlacht- und Viehhofs, der Großmarkthalle und des Fremdenverkehrsamts entlastet werden. Nach Ansicht der Republikaner sollen überflüssige Institutionen wie das Referat für Arbeit und Wirtschaft, das Flüchtlingsamt, die Frauengleichstellungsstelle und der Ombudsmann für Ausländer aufgelöst und damit 15 Millionen Mark eingespart werden. Dies sind aber gerade Erfolge rot-grüner Politik mit deutlichen Konturen der linken, grün-alternativen Stadtratsfraktion.

Alternative Beschäftigungsprojekte, die kommunal gefördert werden und eine Schranke setzen gegen die Verelendung, die der kapitalistisch dominierte Arbeitsmarkt erzeugt, sollen wieder verschwinden. Jede kleine Maßnahme, mit der der nichtdeutschen Bevölkerungsgruppe das Leben etwas erleichtert wird, wird zum Luxus erklärt, den man sich in schwierigen Zeiten nicht leisten sollte. Der Angriff auf über 20 Prozent der Einwohner Münchens wird damit im Widerspruch zur gültigen Kommunalverfassung als Programm erklärt. — (dil)

sive „Geschäftspolitik“ aus der Verlustzone herauszukommen, um möglicherweise ein weiteres unsinniges Parkhaus zu errichten.

Der Gesamtpersonalrat der Stadt sprach sich ebenfalls gegen die Privatisierung aus; die Politessen machten eine breite Unterschriftenaktion. Selbst aus Teilen der CDU, die den zuständigen Dezernenten stellt, wurden Bedenken gegen die Privatisierung hoheitlicher Funktionen geäußert. — (tht)

Strafbefehl gegen „Konkret“ GSG 9 „beleidigt“

Hamburg. Auf Antrag der Staatsschutzeinheit GSG 9 hat das Amtsgericht Hamburg jetzt einen Strafbefehl über 3000 Mark wegen „Beleidigung“ gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift *Konkret* erlassen. Laut der Begründung des Gerichts werde damit die Veröffentlichung des Artikels „Ein Staat sieht rot“ von Oliver Tblme in der Ausgabe 8/93 geahndet, der sich mit

der Staatsschutzaktion in Bad Kleinen beschäftigt hatte. Als beleidigend erkannte das Gericht die folgenden darin enthaltenen Sätze: „Dabei spricht mittlerweile immer mehr dafür, daß es sich bei den Todesschüssen in Bad Kleinen keineswegs um eine Tat im Affekt oder um das Durchdrehen eines einzelnen Beamten gehandelt hat, sondern um eine von der Einsatzleitung mindestens billigend in Kauf genommene, wenn nicht sogar gewünschte Ermordung eines linken Staatsfeindes ... Die Vernehmung (der GSG 9-Beamten) ist Zeitungsberichten zufolge unter Bedingungen durchgeführt worden, die die GSG 9 als eine Art Todesschwadron erscheinen lassen ... Weitere Details, zum Beispiel das Verschwinden von angeblich vorhandenen Blutflecken an dem Ort, an dem der GSG 9-Beamte angeblich erschossen worden sein soll, und dessen auffällig schnelle Beerdigung vervollständigen den Eindruck einer systematischen Irreführung der Öffentlichkeit über einen bewußt durchgeführten Mord.“ (aus: *Neues Deutschland*, 28.3.)

Mit Streik Tariffucht abgewehrt

München. Durch einen elftägigen Streik innerhalb der letzten sechs Wochen gelang es der Belegschaft der R. Oldenbourg Datensysteme in München, die Tariffucht des Unternehmens vom Druck- zum Metalltarif zu verhindern. Die 270 Beschäftigten in München stellen Wertpapiere, Telefon- und Scheckkarten her. Die Unternehmensleitung hatte den Tarifwechsel damit begründet, daß wertmäßig der Chip an einer Telefonkarte „das Wertvollste“ sei. Tatsächlich aber sind die Beschäftigten überwiegend mit Drucktätigkeiten und Weiterverarbeitung des Druckproduktes befaßt.

In einer vorausgegangenen Urabstimmung hatten sich 99% der äußerst gut gewerkschaftlich organisierten Belegschaft für Streikmaßnahmen ausgesprochen. In der Folge legten sie durch ihre Arbeitskämpfmaßnahmen die wesentlichen Produktionsbereiche kom-

plett lahm. Die Geschlossenheit im Streik rührte sicherlich auch daher, daß bei einem Wechsel zum Metalltarif der Verlust jährlicher Tarifansprüche zwischen viertausend und neuntausend DM drohte.

In der dritten Verhandlungsrunde erklärte die Geschäftsleitung schließlich lapidar, sie werde mit Wirkung vom nächsten Tag wieder Mitglied des Verbandes bayerischer Druckindustrie sein. — (stc)

Ein Teil der hier lebenden Ausländer können wählen

Frankfurt. In Deutschland lebende Bürger der Europäischen Union sind erstmals berechtigt, zur Europawahl hier ihre Stimme abzugeben, und zwar für deutsche Parteien.

„Natürlich“ können sie dann ihre Stimme nicht noch Parteien in ihrem Herkunftsland geben. Bis zum 7. Mai müssen sie jedoch beim kommunalen Wahlamt einen Antrag auf „politische Mündigkeit“ stellen. — (udi)

Regierungskrise in Brandenburg

**PDS/LL für rasche Neuwahlen / Sondersitzung des Landtags am 13. April
CDU, Liberale und Grüne sind gespalten**

Die Krise der Ampelkoalition in Brandenburg ist in den letzten Wochen noch tiefer geworden. Der Vertreter des „Bündnis“ im Stolpe-Untersuchungsausschuß, Fraktionschef Nooke, bezeichnete den Ministerpräsidenten öffentlich als „Lügner“. Der Aufforderung der SPD, diese Beschuldigung zurückzunehmen, kam er nicht nach. Die SPD erklärte daraufhin die Zusammenarbeit mit der Fraktion des „Bündnisses“ für beendet. Einen Tag vor dieser Entscheidung hatten zwei Minister des „Bündnis“ in der Landesregierung mitgeteilt, daß sie sich an Beschlüsse der Fraktion „Bündnis“ nicht mehr gebunden fühlen und auch nach dem Bruch der Koalition weiter in der Landesregierung verbleiben würden. Einer dieser Minister ist parteilos, der andere gehört zur Partei „Bündnis 90/Die Grünen“.

Daraufhin beantragten auf einer außerordentlichen Sitzung des Landtags am 7. April alle Abgeordneten der PDS/LL sowie ein Teil der CDU-Abgeordneten vorgezogene Neuwahlen.

Ob es dazu kommt, ist derzeit noch völlig offen. Die CDU ist gespalten. Ein

kenloser Antikommunisten wie Konrad Weiß, die Nooke (der sich der West-Ost-Fusion von Grünen und Bündnis 90 nicht angeschlossen hatte und nun die „Bürgerbewegung Bündnis“ anführt) auch bei seinen Angriffen gegen Stolpe unterstützen. Zudem ist die Partei seit der Fusion von Ost- und West-Grünen gespalten, das „Bündnis“ um Nooke ist nach rechts weit offen und scheut auch

vor einer Zusammenarbeit mit der ÖDP nicht zurück. Alle Regierungsparteien und die CDU fürchten, daß die PDS bei Neuwahlen zweitstärkste Partei im Landtag würde.

Ob es also wirklich zu den nun propagierten Neuwahlen kommen wird, wird sich erst noch zeigen. Am 13. April ist die Sondersitzung des Landtags, die über diese Neuwahlen entscheiden

muß. Wir dokumentieren im folgenden (aus Platzgründen leicht gekürzt) den Beschluß des PDS-Landesvorstandes vom 23. März, in dem dieser seine Entscheidung für Neuwahlen begründet — (rül)

PDS: Halbheiten bringen keine Lösung — Neuwahlen jetzt

Der halbherzige Bruch der Ampelkoalition und die erzielte Scheinlösung ist ein Ausdruck der seit langem anhaltenden Unfähigkeit des Ministerpräsidenten und seiner Regierung, klare Entscheidungen zu treffen. Im Land gibt es nach wie vor kein Landesentwicklungsprogramm, Grundsatzentscheidungen zur Energie- und Verkehrspolitik fehlen ebenso wie Konzepte für die Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik. Durch die Politik der „schönen Reden“ haben sich die Probleme angestaut. Der Anspruch der Regierungserklärung vom 1990 fiel diesem Vorgehen zum Opfer. Die Reaktion der Landesregierung auf den Bruch der Koalition ist ein deutlicher Beleg für die Doppelzüngigkeit der Regierung. Das Belassen der Vertreter der neuen Oppositionsfraktion in der Regierung und die bisher abgegebenen Erklärungen der neuen Koalition lassen keine grundsätzlichen Änderungen in der bisherigen Politik erkennen. Die sauberste Lösung dieses Konflikts ist aus unserer Sicht die vorzeitige Neuwahl des Parlaments...

2. Als besonders schwerwiegend empfinden wir die Tatsache, daß nach wie vor ein Bildungsminister im Kabinett arbeitet, der dem Ministerpräsidenten seine Loyalität erklärt und dieselbe Loyalität den ihm unterstehenden Lehrern nicht entgegenbringt, indem er Lehrer entläßt, ohne ihnen die Chance zur Überprüfung der Vorwürfe zu geben. Wir fordern ihn auf, ein Zeichen des politischen Anstandes zu setzen und sein Amt zur Verfügung zu stellen...

Quelle: Presseerklärung der PDS vom 23. März 1994



Neuwahlen sind noch keineswegs sicher

Teil fürchtet ein extrem schlechtes Abschneiden der Partei bei vorgezogenen Neuwahlen (im Gespräch ist der Termin der Europawahlen im Juni). Aus demselben Grund soll die Parteizentrale in Bonn auf frühe Neuwahlen drängen: CDU-Generalsekretär Hintze wolle vermeiden, daß ein schlechtes Brandenburger Ergebnis kurz vor den Bundestagswahlen (der reguläre Termin der Brandenburger Landtagswahlen wäre der 11. September) auf die Bundestagswahlen durchschlägt, heißt es. Die FDP fürchtet, unter 5 % zu fallen, und ist deshalb gegen vorgezogene Neuwahlen. Auch die Grünen liegen derzeit bei Hochrechnungen unter 5 % — u.a. bedingt durch den starken Einfluß beden-

VORGESTELLT „Kalter Krieg auf deutschem Boden“

Von Klaus Eichner

Die gegenwärtige Geschichtsdebatte oder „Aufarbeitung“ ist einseitig auf die Rolle der DDR und dabei wiederum auf die Tätigkeit des MfS der DDR fixiert, als ob die DDR isoliert im luftleeren Raum existiert hätte. Natürlich liegt dieses Herangehen im Interesse politischer Kräfte — von rechtskonservativ bis zu den sogenannten Bürgerbewegten —, da nur so überhaupt die These vom „Unrechtssystem“ DDR vertreten werden kann. Die notwendige Bewertung der Zusammenhänge und gegenseitigen Einwirkungen der beiden deutschen Staaten und ihres Reagierens im Kontext ihrer internationalen Bündnispflichten soll bewußt ausgespart werden — da hier die Frage nach der Verantwortung oder Schuld für Ereignisse und Handlungen auch an die andere Seite gestellt werden könnte.

Nachdem Anfang 1993 eine Publikation „Zwei Staaten, zwei Paktsysteme und ihre Grenze“ die spezifischen Probleme des Grenzregimes zwischen den beiden Paktsystemen beleuchtet hatte,

wendet sich die Dokumentation „Kalter Krieg auf deutschem Boden“ nun den übergreifenden Bedingungen des kalten Krieges in Deutschland zu. Die Autoren sind Historiker, Militärwissenschaftler, ehemals aktive Militärangehörige bzw. Mitarbeiter des MfS, Juristen und Publizisten der DDR.

Sie liefern Fakten und Argumente, z.B. von einer Darstellung des Funktionsmechanismus des kalten Krieges, über eine knappe Analyse der militärpolitischen Situation in Europa und die daraus abgeleiteten Bedrohungswahrnehmungen der DDR zu speziellen Aussagen über die Rolle der Nationalen Volksarmee und ihrer Grenztruppen sowie der Volksmarine und Grenzbrigade Küste bis zu den Aktivitäten der Geheimdienste im kalten Krieg in Deutschland. Interessante Aspekte der Beziehungen Sowjetunion-DDR werden in einem Beitrag zum Verhältnis der sowjetischen Militärdoktrin zur Militärdoktrin der DDR dargestellt.

Die These vom „Unrechtsstaat DDR“,

Formen und Ausmaß der politischen Strafjustiz gegen Funktionsträger der DDR und eine kritische Wertung des Rechtssystems der BRD sind in einem weiteren Artikel beleuchtet. Abschließend werden in einem Beitrag „Und nun?“ Überlegungen angeboten, was heute und in Zukunft getan werden muß.

Keiner der Autoren spart die kritische Sicht auf Elemente der Militär- und Sicherheitsdoktrin des realsozialistischen Systems insgesamt und auf spezifische Entwicklungen in der DDR aus. Die Publikation bereichert durch den Abdruck einiger Dokumente, die so wohl für den zeitgeschichtlich Interessierten bedeutsam sind als auch für jene, der Rat und Hilfe bei der Bewertung eigener Handlungen sucht. In einer solchen Breite dürfte diese neue Broschüre auch ihre interessierten Leser finden.

Klaus Eichner ist Erster Sprecher des „Insiderkomitees zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS“.



Erschienen im März 1994. 84 Seiten A-4, Preis: 10 DM. Zu bestellen bei der Bundesgeschäftsstelle der PDS, z. Hd. Frau Samland, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin. Bei Einzelbestellungen bitte Verrechnungsscheck beilegen, bei Sammelbestellungen ab 10 Exemplaren 10 % Rabatt.



Gesundheitspolitik in Berlin

Charité bald nur noch dem Namen nach?

Dreimal hat der Berliner Senat in den letzten Jahren beschlossen, es bei drei Universitätskliniken zu belassen. Schon allein dies zeigt, daß diese Entscheidung aus dem Hause des Wissenschaftssenators Erhardt nicht unumstritten ist.

Der Streit um die Universitätskliniken ist — wie gegenwärtig fast alles — ein Streit um die Finanzierung. Die Berliner Krankenkassen haben für die nächsten Jahre ein Defizit von 500 Millionen Mark vorhergesagt und mit massiven Beitragserhöhungen gedroht. Die Schuld wird einer angeblichen Überversorgung Berlins mit Krankenhausbetten gegeben. Gegenwärtig hat Berlin rund 38 000 Krankenhausbetten (knapp die Hälfte ist davon noch in städtischer, die andere in gemeinnütziger Trägerschaft). Laut Krankenhausplan sollen bis 1997 8000 Betten abgebaut werden (darunter 4000 Betten im Bereich der Geriatrie, 1500 Betten im Bereich der Psychiatrie) bei gleichzeitigem Ausbau dezentraler (bezirklicher) kleiner, teils ambulanter Einrichtungen, für die es aber noch nicht mal Planungen gibt.

Den Krankenkassen ist das nicht genug. Sie fordern stattdessen den zusätzlichen Abbau von 2000 bis 3000 Betten der Maximalversorgung. Unter Ausschluß der zuständigen Senatsverwaltungen (Gesundheit und Soziales bzw. Wissenschaft und Forschung) findet ein Spitzengespräch zwischen Krankenkassen, Regierendem Bürgermeister und „Finanzkabinett“ statt. Man einigt sich auf 2000 — und schon beginnt wieder die Diskussion um die Anzahl der Universitätskliniken.

Mehrere Vorschläge sind in der öffentlichen Debatte, von einer gemeinsamen „Medical School“ bei Beibehaltung aller drei Standorte bis zur Schließung zweier Universitätskliniken. Auch hier setzen sich die Krankenkassen fast vollständig durch. Ihr Vorschlag, aus dem Universitätsklinikum Rudolf-Virchow (RVK) und der Charité ein gemeinsames Großklinikum mit 2000 Betten zu machen, wird am 6./7.3. in Senatsklausur beschlossen. Einziger Unterschied: Die Krankenkassen wollten dem RVK 1150, der Charité 850 Betten zubilligen, der Senatsbeschuß sieht 1150 zu 1200 Betten vor. Gegenwärtig haben alle drei Kliniken jeweils 1350 Betten.

„Charité ist der Gewinner“, „Charité übernimmt die Weddingener Universitätsklinik“ — titulieren die Zeitungen bereits im Februar die Übereinkunft des Senats mit den Krankenkassen. Formal gesehen ist dies richtig. Das

„Großklinikum“ heißt Charité. Zunächst bleiben beide Kliniken jedoch eigenständige Fachbereiche, die durch gemeinsame Kommissionen eine arbeitsteilige Vernetzung in der Krankenversorgung sowie Lehre und Forschung finden sollen.

Den Diskussionen kann das Rudolf-Virchow gelassen entgegensehen: Während die Charité (unbestritten) in sanierungsbedürftigen Häusern arbeitet, verfügt das RVK nicht nur nach eigenen Einschätzungen über die modernsten Gebäude in Deutschland (z.B. werden das Lehr- und Forschungshaus in diesem Jahr, weitere Klinikgebäude im nächsten Jahr bezugsfertig). Darüber hinaus ist auf dem RVK-Gelände das Deutsche Herzzentrum ansässig, das nach Senatsbeschuß allein zur Durchführung von Herztransplantationen berechtigt ist (die Charité hat sich hieran nicht gehalten und eigene Herztransplantationen durchgeführt, was bei einer Zusammenlegung dann sicher nicht mehr gehen würde). Auch in bezug auf Drittmittelerwerbung liegt das RVK unangefochten an der Spitze.

So spricht denn auch die Präsidentin der Humboldt-Universität, zu der die Charité gehört, von einer „Mogelpakung“. Sie kritisiert, daß das RVK bereits jetzt Neuberufene der Charité ermuntere, doch an das RVK zu kommen, weil es dort höhere Nebeneinkünfte gäbe. Die Beschäftigten befürchten weitere Entlassungen. Sie fordern, daß die Vernetzung nicht zu Lasten von Forschung und Lehre an der Charité gehen darf. Sie wollen an den Beratungen über das „Fusionsgesetz“ beteiligt werden.

Die Befürchtungen der Beschäftigten sind nicht unberechtigt. Senator Erhardt, dem die Charité vor einiger Zeit noch „sakrosankt“ war, ist laut Pressemitteilung vom 8.3. „höchst befriedigt über das gefundene Ergebnis: Die Struktur der Hochschulmedizin ist nun langfristig geklärt.“ — Bereits im Nachtragshaushalt des Senats werden der Charité mehr als 8 Millionen Mark zusätzlich gekürzt, beim RVK und Klinikum Steglitz fallen diese demgegenüber mit rund 1,9 und 1,3 Millionen Mark relativ bescheiden aus.

Quellen: Der Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Neues Deutschland von Dezember 1993 bis Ende März 1994; Pressemitteilungen der ÖTV vom 31.1., 1.2. und der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung vom 8.3.94 — (har)

Kurz berichtet

Bisky: Objektives Verfahren nicht mehr gewährleistet

Potsdam. Am 24.3. hat Lothar Bisky seinen Rücktritt als Vorsitzender des Stolspe-Untersuchungsausschusses bekanntgegeben. Er begründet dies wie folgt: „... Inzwischen ist hinsichtlich der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses eine unerträgliche Situation eingetreten. Stückweise werden dem Untersuchungsausschuß Dokumente zur Verfügung gestellt, die regelmäßig vorher durch ‚Spiegel‘, ‚Spiegel TV‘, andere Medien oder anonyme Personen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Das sogenannte Stasi-Unterlagengesetz wird dabei oftmals umgangen. Die Atmosphäre wird täglich hysterischer. Nicht die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, sondern ein Teil der Medien bestimmen nunmehr den Gang der Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß ... Schritt für Schritt verändert sich auch das Verhalten eines großen werdenden Teils der Mitglieder im Untersuchungsausschuß, die ja laut Gesetz, das dieser Landtag beschloß, sich jeglicher öffentlicher Beweiswürdigung enthalten müssen. Für einige dieser Mitglieder tritt die Erfüllung parteipolitischer Zielstellungen im Wahlkampf in dem gleichen Maße in den Vordergrund, wie der vom Landtag erteilte Untersuchungsauftrag in den Hintergrund tritt. Unter diesen Umständen kann ich als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses kein objektives, faires und rechtsstaatliches Verfahren mehr gewährleisten. Wie ich als Vorsitzender im Untersuchungsausschuß mich künftig auch immer verhalten werde, ich habe keine Chance mehr auf eine faire Beurteilung und Bewertung meiner Tätigkeit ... Des weiteren habe ich immer gesagt, ich beteilige mich nicht an einer Instrumentalisierung des Ausschusses in Wahlkampfzeiten. Dies droht nun. Aus diesem Grunde sehe ich mich außerstande, den Vorsitz im Untersuchungsausschuß länger als bis Ende April zu führen ... Die Regierungskoalition ist offensichtlich außerstande, die in ihren Reihen eingetretene Krise zu bewältigen. Auch der Landtag scheint nicht in der Lage zu sein, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden. Wenn dem so ist, dann gibt es nur eine Möglichkeit, den eigentlichen Souverän, d.h. die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs, entscheiden zu lassen ...“ *Presseinformation der PDS-Landtagsfraktion, 24.3.94* — (har)

Wahlziel der Berliner PDS: 200 000 Stimmen

Berlin. Auf dem Landesparteitag am 25./26.3. stellten die Delegierten die Landesliste zu den Bundestagswahlen auf. Bei einem Wiedereinzug der PDS in den Bundestag gelten die ersten 3 bis 4 Listenplätze als aussichtsreich. Bereits im Vorfeld des Landesparteitages wurde Konsens darüber hergestellt, daß in allen Berliner Wahlbezirken Direktkandidaturen stattfinden.

Ohne Gegenkandidaturen wurden auf die ersten 3 Plätze Christa Luft (Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung), Manfred Müller (HBV-Landesvorsitzender) und Petra Pau (Berliner PDS-Vorsitzende) gewählt. Auf den Plätzen 4 bis 10 gab es dann jeweils 2 und mehr Bewerbungen. Den 4. Platz erreichte Hanns-Peter Hartmann (ehem. BELFA-BR-Vorsitzender), es folgen Roswitha Steinbrecher, Judith Dellheim (beide im PDS-Landesvorstand), Stefan Heym und Gregor Gysi sind bereits als Direktkandidaten in Ostberliner Wahlbezirken aufgestellt.

Gysi will darüber hinaus auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen kandidieren.

Verabschiedet wurde eine „Politische Erklärung der Berliner PDS zu den Europa- und Bundestagswahlen“. Bereits im Januar wurden für den Berliner Wahlkampf im Finanzplan eine halbe Million Mark beschlossen, je zur Hälfte für Aktivitäten in den Bezirken und zentral. Als Wahlziel hat sich die PDS 200 000 Stimmen gesetzt. Neben dem Wahlkampf 94 nahmen die Delegierten Stellung zum Fußball-Länderspiel am 20.4. (s.u.), zur Verfolgung der Kurden und zum Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge. — (har)

PDS ruft zur 9. April-Demo auf

Berlin. „Bereits das Vorfeld des in Berlin für den 20. April geplanten Fußball-Länderspiels BRD-England ist konfliktgeladen. Die Ursachen hierfür liegen nicht beim Fußball. Sie sind zu suchen in der zunehmenden Rechtsextremisierung in der Bundesrepublik, verbunden mit dem traurigen Fakt, daß Fußballplätze häufig auch als Ort für faschistisches und faschistisches Verhalten mißbraucht werden. Am 20. April, dem von den Nazis als ‚Führergeburtstag‘ nicht erst einmal instrumentalisierten Datum, ein Fußball-Länderspiel anzusetzen, ist eine politische Instinktlosigkeit. Sie zeugt davon, daß die hierfür Verantwortlichen die Realitäten dieses Landes bewußt ignorieren und sich so an die Seite jener Kräfte in der BRD stellen, die einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzung mit der faschistischen deutschen Vergangenheit ziehen wollen ... AntifaschistInnen, AusländerInnen, Behinderte und Andersdenkende — alle, die sich den Nazis in den Weg stellen werden — sind gefährdet. Widerstand gegen diesen erneuten Versuch der Entsorgung deutscher Geschichte und der Schaffung von Möglichkeiten für die Selbstdarstellung neofaschistischer Kräfte ist notwendig. Dies betrifft auch unsere Ablehnung der im Deutschen Historischen Museum geplanten Ausstellung ‚Hoffmann und Hitler‘. (1) Wer eine Entscheidung aufrecht erhält, deren gefährliche Konsequenzen absehbar sind, macht sich schuldig. Für mögliche chauvinistische Ekzesse und gewalttätige Auseinandersetzungen liegt die politische Verantwortung allein beim Senat von Berlin. Wir warnen den Senat vor den unübersehbaren Folgen seines Entschlusses und fordern ihn daher auf, nicht länger Vabanque zu spielen und seine Entscheidung zu korrigieren. Die PDS Berlin wird ihren antifaschistischen, antirassistischen und gegen jeglichen Antisemitismus gerichteten Kampf fortsetzen. Sie beteiligt sich ... am Bündnis.“ (1) *Lt. Tagesspiegel vom 30.3. inzwischen abgesagt.* — (har)

Kürzung der MfS-Renten verfassungswidrig

Kassel. Das Bundessozialgericht (BSG) hält die Kürzung der Sonderrenten für ehemalige Mitarbeiter des MfS auf generell 802 Mark für verfassungswidrig. Damit habe der Gesetzgeber in eigentumsrechtlich geschützte Ansprüche aus dem Einigungsvertrag eingegriffen. Da dies eine grundsätzliche Angelegenheit ist, hat das BSG das Bundesverfassungsgericht angerufen. Bis zu dessen Entscheidung ist die Klage eines MfS-Mitarbeiters ausgesetzt, der nach 30 Jahren eine Invalidenrente von 2100 DM bezog, die ab Juli 1990 aufgrund eines Volkskammerbeschlusses auf 990 DM, ein Jahr später aufgrund eines Bundestagsbeschlusses auf 802 DM gekürzt wurde. Ein Teilerfolg und Hoffnung für 13 000 Betroffene, die auf Sozialhilfeniveau gedrückt sind. — (har)

„Gediente in fremden Streitkräften“

Hans Fricke über die Diskriminierung ehemaliger Soldaten der „Nationalen Volksarmee“

Zu Beginn des Jahres 1993 vollzog sich, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, ein in der deutschen Geschichte einmaliger Vorgang, an den gerade jetzt zu Beginn des Superwahljahres 1994 erinnert werden sollte. Bemüht sich doch die Regierungskoalition vehement, den Wählern ihre folgenschweren Fehlleistungen und Versäumnisse im Einigungsprozeß vergessen zu machen. Daß sie dabei in immer stärkerem Maße auch auf die Vergeßlichkeit und die Wählergunst der rund 330 000 von Ausgrenzung und Renten-Strafrecht betroffenen ehemaligen „staatsnahen“ DDR-Bürger, unter ihnen viele ehemalige Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR, spekuliert, ist längst kein Geheimnis mehr.

Was geschah damals? In einem Bericht vom 9. Februar 1993 brachte das Bundesministerium der Verteidigung dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, Unterausschuß „Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern“, seine Entscheidung zur Kenntnis, daß Soldaten der ehemaligen Nationalen Volksarmee, die vor dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland ausgeschieden sind, als „Gediente in fremden Streitkräften“ gelten und es ihnen verboten wird, ihren Dienstgrad mit dem Zusatz „d.R.“ bzw. „a.D.“ zu führen. Man muß sich das einmal vor Augen führen:

— Ehemaligen Angehörigen einer deutschen Armee wird es ausdrücklich untersagt, ihren Dienstgrad mit dem Zusatz „a.D.“ zu führen, während es für jene Deutschen, die wirklich in fremden Armeen dienten — z.B. in der französischen Fremdenlegion — ein gleichartiges Verbot nicht gibt.

— Selbst im Genfer Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen vom 12. August 1949 heißt es in Artikel 87: „Im übrigen darf der Gewahrsamsstaat keinen Kriegsgefangenen seines Dienstgrades entheben oder am Tragen seiner Dienstgradabzeichen hindern.“ Also werden nach dem Willen des Bundesministeriums der Verteidigung ehemalige NVA-Angehörige schlechter als Kriegsgefangene behandelt.

— Demgegenüber wurde im gleichen Ministerium zu keiner Zeit die Ansicht vertreten, jene Soldaten als „Gediente in fremden Streitkräften“ einzuordnen, die in den Streitkräften Hitlerdeutschlands während des von ihm entfesselten und gegen die Völker Europas gerichteten Annexions- und Vernichtungskrieges gedient haben. Ihnen wurden per Gesetz ihre früher erworbenen Rechte zuerkannt. Das betrifft ihre rentenrechtlichen Ansprüche ebenso wie das Recht, ihre Dienstgrade mit dem Zusatz „a.D.“ zu führen. Den in die Bundeswehr übernommenen Offizieren wurde darüber hinaus gestattet, an ihren Uniformen die vom NS-Staat verliehenen Auszeichnungen zu tragen.

Offizielle Kreise der alten Bundesrepublik haben die Nationale Volksarmee der DDR immer als eine deutsche Armee betrachtet. Die Idee von den „fremden Streitkräften“ kam erst nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik. So beurteilt der „Sieger“ den „Verlierer“.

Niemand, der politisch ernst genommen werden will, wird bestreiten, daß die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Vor diesem Hintergrund ist es besonders empörend, wenn ausgerechnet nach der Wiedervereinigung

die Vokabel „fremd“ benutzt und damit der Eindruck vermittelt wird, als habe es sich bei der NVA um ausländische Streitkräfte oder um „fremde Heere Ost“ gehandelt.

Ein Blick auf andere Länder

Nach dem Sturz der Franco-Diktatur in Spanien 1975 wurde dort ein Denkmal für die Opfer des Bürgerkrieges (1936-1939) errichtet. Geehrt wurden dort sowohl die Toten der Franco-Truppen, in deren Nachfolge die heutige spanische Armee steht, als auch die Verteidiger der spanischen Republik. Zeugt allein dies schon von einer zukunftsorientierten Herangehensweise zur Festigung des inneren Friedens in der Rückschau auf einen blutigen Krieg, der die Gesellschaft in Spanien über Jahrzehnte tief gespalten hat, so nicht minder die Tatsache, daß es sich König Juan Carlos nicht nehmen ließ, den Gefallenen beider Seiten und damit auch den Gegnern der franquistischen Armee seine Reverenz zu erweisen.

Ein Blick in die weiter zurückliegende Zeit, in des Schlußphase des amerikanischen Bürgerkrieges (1861-1865). Als der Krieg schon entschieden war, trafen die Nordstaatengenerale Grant und Sherman am 28. März 1865 mit Präsident Lincoln zusammen: Sherman fragte den Präsidenten, ob er alles für das Ende des Krieges vorbereitet hätte. Was sollte mit den Streitkräften der Rebellen geschehen, wenn sie besiegt wären? Was sollte mit den politischen Führern geschehen, wie Jeff Davis und so weiter? Sollten wie sie entkommen lassen? Er sagte, er habe alles wohl erwogen; alles, was er von uns verlange, sei nur, die gegnerischen Armeen zu besiegen und zu sehen, daß die Soldaten der Konföderierten wieder heim zu ihrer Arbeit auf den Feldern und in ihren Werkstätten kämen. Und weiter: Er versicherte mir, daß er einen fertigen Plan habe, sobald der Krieg vorbei sei, und er ermächtigte mich ausdrücklich, Gouverneur Vance und den Bewohnern von North Carolina zu sagen, daß, sobald die Streitkräfte der Rebellen die Waffen niederlegten und ihre zivilen Berufe wieder aufnahmen, sie sofort alle ihre Rechte als Bürger eines gemeinsamen Landes ... garantiert bekämen ... Es schien sein ernster Wunsch zu sein ..., daß alle Soldaten von beiden Seiten wieder nach Hause gingen. In der letzten Kabinettsitzung unter Lincoln am 14. April 1865 fügte der Präsident hinzu: „Wir müssen unsere Rachsucht auslöschen, wenn wir Harmonie und Einheit der Union erwarten.“ (Jürgen Kuczynski, Abraham Lincoln, Berlin 1985, S. 164 f.)

In Deutschland hat es keinen mörderischen Bürgerkrieg gegeben, nur einen Kalten Krieg, in den beide deutschen Armeen gezogen sind.

Nachdem durch den Zerfall des sozialistischen Lagers dem einen deutschen Staat der „Sieg“ über den anderen deutschen Staat quasi in den Schoß gefallen ist, trachtet der überlegene Staat ungeachtet aller Lehren aus der Geschichte danach, die Bürger des unterlegenen Staates in jeder nur denkbaren Weise zu demütigen.

Der NVA und ihren Angehörigen wirft er vor, einem „Unrechtsstaat“ gedient zu haben, einer „Parteiarmee“, sowie offensiv ausgerichtet gewesen zu sein. Ihnen wird vorgeworfen, ein Feindbild gehabt und zum Haß erzogen

worden zu sein. Sie gelten als Angehörige einer „besiegten“ Armee mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Und dennoch: Trotz aller Vorwürfe und diskriminierenden Behandlung wollen sich die ehemaligen Berufssoldaten einbringen in das vereinte Deutschland, wollen sie beitragen zur Herstellung der inneren Einheit des Volkes, zur Überwindung alter und neuer Gräben.

Wie die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sind auch ihre Streitkräfte in der Zeit des Kalten Krieges entstanden. Beide haben in dieser Zeit als Verbündete ihrer jeweiligen Schutzmacht keine unwesentliche Rolle gespielt, und beider Soldaten sahen ihre Aufgabe darin, zur Sicherung des Friedens beizutragen. Die militärische Führung der NVA stellte sich in Übereinstimmung mit dem Einigungsvertrag das Ziel, die Nationale Volksarmee organisiert, diszipliniert und friedlich in die Einheit einzubringen. Darüber, was mit der NVA und ihren Angehörigen danach geschehen sollte, daß die Bonner Hardthöhe längst ein Konzept für die Auflösung der NVA hatte, wurde sie wohlweislich im Unklaren gelassen.

„Uns bleibt“, so erklärte der ehemalige Verteidigungsminister in der Regierung Modrow, Admiral Theodor Hoffmann, „die traurige Feststellung, daß demnach die Politiker den Angehörigen der NVA im Vorfeld der Herstellung der Einheit Deutschlands nicht die Wahrheit sagten. Dabei wurden sie von Militärs der Bundeswehr unterstützt. Das spricht nicht für die Auflöser der NVA.“

Und Professor Egon Bahr erinnert sich rückblickend an die Monate seiner Tätigkeit als Berater des Ministers für Abrüstung und Verteidigung Eppelmann: „Wenn zu jener Zeit der Ausdruck ‚fremde Streitkräfte‘ mit den sich daraus ergebenden Folgen aufgetaucht wäre, so hätte niemand für die ordnungsgemäße Übergabe der NVA an die Bundeswehr garantieren können.“

Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, sich auch an folgende Erklärungen zu erinnern:

1. Herr Eppelmann am 18. April 1990 zur Amtsübernahme als Minister für Abrüstung und Verteidigung:

„Ich habe mich in diesem Hause davon unterrichten lassen, daß Sie sich aufopfernd und mutig an die Seite des Volkes gestellt haben. Sie haben damit zu einem friedlichen Verlauf der Revolution beigetragen. Sie und viele ihrer demokratisch gesonnenen Mitarbeiter aus dem Offizierskorps haben mit dieser Haltung ein Blutbad wie in China oder Rumänien verhindert.“

2. Bundesminister der Verteidigung Volker Rühe am 2. Oktober 1992 in Leipzig zum Thema: Zwei Jahre Bundeswehr in den neuen Bundesländern:

„Die militärische und zivile Organisation der Bundeswehr in den fünf neuen Ländern steht. Der Truppen- und Verwaltungsaufbau ist so gut wie abgeschlossen. Dieser Erfolg wäre nicht möglich gewesen, wenn sich die aus dem Westen kommenden Soldaten und zivilen Mitarbeiter nicht bis an die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit eingesetzt hätten. Dieser Erfolg wäre aber auch nicht möglich gewesen ohne die beispielhafte loyale und zuverlässige Mitarbeit des ehemaligen NVA-Personals, auch derjenigen, die inzwischen ausgeschieden sind.“

3. Nochmals der Bundesminister der Verteidigung am 6. Mai 1993 in „Information für die Truppe“:

„Die Bundeswehr hat es geschafft. Sie ist die Armee der Einheit. Sie hat Menschen zusammengeführt, die Gegner waren und im Ernstfall womöglich aufeinander geschossen hätten. Heute sind sie Kameraden. Der ehemalige Kontrahent ist Mitbürger geworden. Gemeinsam wurde entdeckt: Wir sind alle Deutsche!“ Nach vielen lobenden Worten folgte der Satz: „Ich danke allen, die daran beteiligt sind — den Soldaten und den zivilen Mitarbeitern, aber auch all jenen Angehörigen der ehemaligen NVA, die sich bis zu ihrem Ausscheiden aus der Bundeswehr in schwieriger Übergangszeit loyal für Deutschland engagiert haben.“

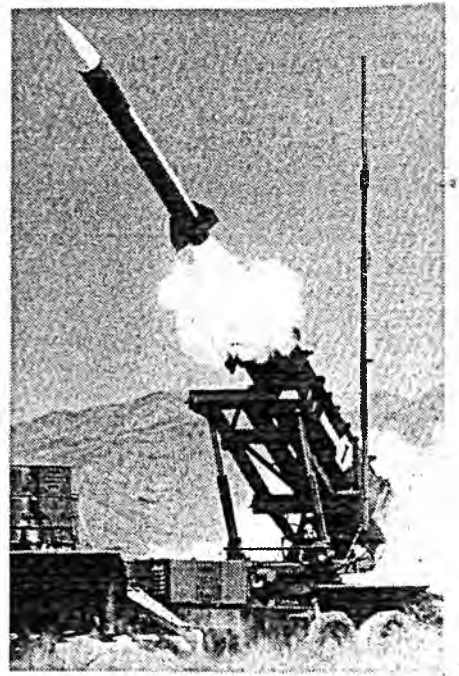
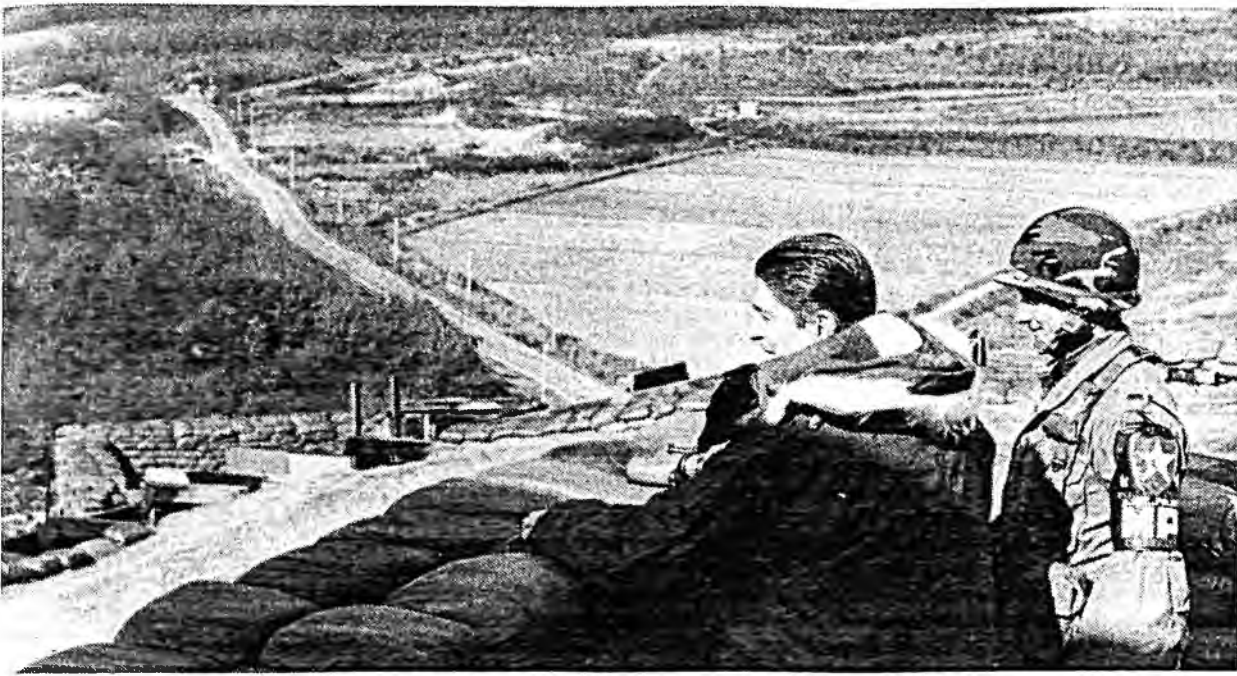
Aufschlußreich auch Aussagen des Ministers für Abrüstung und Verteidigung der letzten DDR-Regierung, Herrn Eppelmann, in seinem Buch „Wendewege“: „Es hat (im Prozeß der Wende - H.F.) keinen Toten gegeben, keinen Einsatz von Soldaten.“ Nach einiger Zeit des persönlichen Kennenlernens der Generale und Offiziere der NVA stellt er fest: „Ich befinde mich z.Zt. in einem Prozeß des Lernens. Ich stelle fest, in diesem Offizierskorps ... scheint es jede Menge Pazifisten zu geben. Sie sagen: Ich verstehe mich als Abrüstungsoffizier.“ Und abschließend noch der Satz: „Ich hoffe, ich kann Verständnis dafür erzeugen, daß unsere DDR-Geschichte und DDR-Wirklichkeit sehr viel differenzierter war und ist, als manche Westdeutschen, uns mehr oder weniger von außen betrachtend, meinen.“

Und jetzt?

Was mag der heute arbeitslose, ausgegrenzte, pauschal verurteilte, um seine Rente betrogene, mit dem Verbot des Nennens seines ehemaligen Dienstgrades belegte, mit für null und nichtig erklärten Bildungsabschlüssen, evtl. in Erwartung einer Strafe zu Hause vor sich hin brütende ehemalige Offizier der ehemaligen NVA der ehemaligen DDR, der an einer ehemaligen Militärakademie in der ehemaligen Sowjetunion in ehemals Leningrad studiert hat und nun als „Gedienter in fremden Heeren“ eingestuft wird, ob solcherwie lobenden Worte wohl denken?

Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen: Die Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee erheben nicht den Anspruch, als Offizier „d.R.“ bzw. „a.D.“ der Bundeswehr bezeichnet zu werden. Sie waren Offiziere der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik. Ihren Dienstgrad haben sie sich durch Qualifikation und Leistung sowie im Dienst um die Bewahrung des Friedens erworben. Er kann ihnen durch keine andere Macht aberkannt werden.

(Unter Verwendung von Protokollen der öffentlichen Anhörung „Gediente in fremden Streitkräften“ der Arbeitsgruppe Militärpolitik der Alternativen Enquetekommission „Deutsche Zeitsgeschichte“ und des Brandenburger Vereins für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V. am 12. Juni 1993. Herausgegeben vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V., Gregor-Mendel-Straße 3, 14469 Potsdam, Juli 1993. Aus Platzgründen gekürzt. Von Hans Fricke erschien im GNN-Verlag das Buch: „Davor, Dabei. Danach. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet.“)



Links: Der damalige US-Präsident Reagan 1984 an der Grenze zwischen Süd- und Nord-Korea. Rechts: US-„Patriot“-Raketenstation in Süd-Korea.

Nord-Korea: Der „Atomkonflikt“ ist von den USA hochgespielt

Interview mit Günter Unterbeck, 1972 bis 1989
1. Sekretär der DDR-Botschaft in Nordkorea

Der Konflikt um die nordkoreanischen Atomanlagen bestimmte in den vergangenen Wochen die Pressemeldungen. Nach den neuesten Nachrichten droht der US-Verteidigungsminister Perry Nordkorea mit Krieg, wenn es nicht so spurt, wie die USA wollen. Die heftige Reaktion der US-Regierung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß es vor allem China gelungen ist, sowohl im UN-Sicherheitsrat eine scharfe Resolution der USA gegen Nordkorea zu kippen, wie auch eine deeskalierenden Einfluß auf Südkorea auszuüben. Rundherum also eine Schlappe für die US-imperialistische Asienpolitik.

Worüber man in den letzten Wochen überhaupt nichts erfuhr, war die Motivation der nordkoreanischen Regierung. Wir wollen diesem Defizit abhelfen. Zu diesem Zweck haben wir ein Interview geführt mit dem ehemaligen 1. Sekretär der Botschaft der DDR in Nordkorea, Günter Unterbeck. Er war mit Unterbrechungen seit 1972 bis 1989 im Lande tätig und ist ausführlich mit der Situation vertraut. Heute beschreibt er seine Erfahrung in Büchern und Zeitungsartikeln oder fährt, wie jetzt auch wieder, zu Vortragsreisen z. B. nach Südkorea. — (hav)

■ Vor drei Wochen spitzte sich die Auseinandersetzung um die Kontrolle der nordkoreanischen Atomanlagen zu. Krieg lag in der Luft. Die USA versuchten mit allen Mitteln, die Regierung Nordkoreas in die Knie zu zwingen. Jetzt nach dem Besuch des südkoreanischen Ministerpräsidenten in China entschärft sich die Situation wieder. Was sind die Hintergründe für diese Entwicklung?

Zunächst muß man wissen, daß bereits Präsident Reagan Präsident Gorbatschow bei zwei Spitzengesprächen Satellitenfotos von nordkoreanischen Atomanlagen gezeigt hat und gebeten hat, auf Nordkorea Einfluß zu nehmen, keine atomare Rüstung zu betreiben. Das ist vielleicht der Langzeit-Hintergrund weit in die 80er Jahre zurück. Es gibt also durchaus eine echte Besorgnis.

Andererseits ist das Problem vor dem Hintergrund von nordkoreanischen

Schritten in Sachen Atomfragen doch etwas schwerer zu verstehen. Ich will hier nur mal etwas auflisten: Nordkorea hat bereits 1973 gemeinsam mit der sozialistischen Partei Japans ein Projekt zu einer atomwaffenfreien Zone auf der Halbinsel entwickelt, trat 1985 dem Atomwaffensperrvertrag bei, unterzeichnete 1991 ein Zusatzabkommen, das übliche im Atomwaffensperrvertrag über Inspektionen und im Januar 1992 ein Abkommen mit Südkorea über den beiderseitigen Verzicht auf die Herstellung, Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel.

Vor dem Hintergrund machen die Schritte Nordkoreas keinen Sinn, wenn sie gleichzeitig atomar rüsten würden und simultan Vereinbarungen über Kontrollen unterschrieben.

■ Wissen sie, wie die Kontrolle der Atomanlagen konkret abläuft? Wurde von nordkoreanischer Seite tatsächlich eine umfassende Inspektion verhindert?

Ich gehe davon aus, daß man nicht alles gezeigt hat. Ich gehe weiter davon aus, daß die Nordkoreaner mit dem Zugang zu den Atomanlagen überhaupt über ihren Schatten gesprungen sind, das entsprach nicht dem bisherigen, was sie angeboten hatten, und daß sie mit immer weitergehenden Forderungen einfach überfordert wurden. Sie hatten offensichtlich erwartet, daß es eine gewisse Honorierung für die teilweisen Öffnung gibt. Das ist nicht erfolgt.

Gleichzeitig muß man hier die Sicherheitslage Nordkoreas betrachten. Nordkorea hat versucht, seine äußere Sicherheitslage durch entsprechende Abkommen zu verbessern. Diese Lage hat sich in den 80er Jahren bis jetzt dramatisch verschlechtert durch die internationale waffentechnische Entwicklung, der Nordkorea nicht folgen konnte aus Gründen seines Industriepotentials, so daß ich davon ausgehe, daß die nordkoreanischen Streitkräfte strukturell nichtangriffsfähig sind und daß man zweitens versucht hat, so etwas wie eine Zweitschlagskapazität als Abschreckung zu etablieren. Ich erinnere hier an diese Mittelstreckenraketen Nodon I und Nodon II, die auch in der Presse

erwähnt wurden, mit denen sie in der Lage sind, bei einem Angriff auf Nordkorea eine gewisse Abschreckung auszuüben. Insgesamt glaube ich, daß dieser gesamte atomare Komplex aber hochgespielt ist. Es ist hier nicht auszuschließen, daß die Nordkoreaner durch eine vielleicht auch nur vorgetäuschte Aktivität in der Richtung sich als Verhandlungspartner ins Gespräch bringen wollten mit den USA.

Ihre Zielstellung ist eine Klärung der Sicherheitslage auf der Halbinsel durch direkte Verhandlungen mit den USA.

Wenn sie das versucht haben, dann haben sie zu hoch gepokert in Sachen Atomfragen.

Die USA andererseits haben aus meiner Sicht heraus innenpolitische Probleme, die die USA zur Zeit bewegen, auf die koreanische Halbinsel übertragen.

■ Wie sehen diese Probleme aus?

Ich gehe davon aus, daß der von Präsident Clinton angekündigte Wechsel in der Politik eine Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der zivilen Industrien und die notwendigen strukturellen Erneuerungen in den USA in den Mittelpunkt stellt. Ich erinnere daran, daß die USA, Clinton, erstmalig den Militärbudget verringert haben um 1%. Ich gehe davon aus, daß eine sowjetische militärische Präsenz in der Region insgesamt sehr stark zurückgegangen ist, daß dies eine Ausdünnung der Militärpräsenz der USA ohne eine Verringerung ihrer Sicherheitsinteressen und ihrer Präsenz insgesamt in dieser Region möglich machen würde, was natürlich der Industrie zugute käme.

Es geht sicherlich nicht nur um den militärisch-industriellen Komplex, sondern um konservative Kräfte insgesamt. In dem Zusammenhang ist natürlich die Autorität des Präsidenten durch die hochgespielte Whitewater-Affäre angeschlagen worden.

Dem um die Sicherung seiner Autorität bemühten Präsidenten wird aus meiner Sicht von Seiten konservativer Kräfte das bekannte Vorgehen in Nordkorea aufgenötigt.

Die Koreaner selbst haben nichts davon. Und ich habe mich sehr gewundert,

daß von Seiten Südkoreas, in der ersten Phase, dem gefolgt worden ist.

■ Kann man hier von einer neuen imperialistischen Strategie der USA in bezug auf Ostasien sprechen?

Ich glaube, daß bestimmte Kräfte einfach an einem Ausdünnen US-Präsenz in der Region kein Interesse haben und Argumente gegen ein solches Ausdünnen schaffen wollen. Insgesamt gibt es sicherlich zwischen der Clinton-Administration und konservativeren Kräften keine Meinungsunterschiede über die Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz in der Region. In dieser Grundfrage wird es die nicht geben, es geht nur um den Umfang. Und mit einem Aufkochen einer solchen Situation hat man versucht zu sichern, daß der bisherige Umfang nicht verringert wird.

Gleichzeitig hat man natürlich Nordkorea in eine Ecke gedrängt. Die formulierte Politik ist Zuckerbrot und Peitsche dafür, die seltsamerweise in einer früheren Äußerung auch von der südkoreanischen Administration aufgenommen wurde. Das kann nicht funktionieren, das ist klar. Aufgrund der Lage der Nordkoreaner und ihres Politikverständnisses kann das nur eine Verhärtung von Haltungen bringen.

Sehr interessant ist, was die Chinesen bei dem Besuch Kim Yon Sams in Peking als Lösung ins Gespräch gebracht haben: nämlich Gespräche zu führen, um damit einen Konsens zu ermöglichen. Gespräche zwischen Nordkorea und den USA, Nordkorea und Südkorea und Nordkorea und der internationalen Atomenergiebehörde.

Es ist in Ostasien eine Politiktradition erstens, einen Partner nicht absolut in die Ecke zu treiben und zweitens, ihm Wege aufzuzeigen, um aus einer Situation herauszukommen, ohne das Gesicht zu verlieren. Wer das nicht macht, wird keinen Partner finden, der aufgibt, sondern der sich verzweifelt zur Wehr setzen wird. Das wissen aber die USA ganz genau.

■ Was verlangten die USA von Nordkorea genau? Wollten sie von Nordkorea den Kotau haben?

Ja, aber das geht nicht. Die USA wollten von Nordkorea eine Art Kapitulation. Daß sie Schritte gehen, ohne daß die andere Seite auch Schritte macht. Die Nordkoreaner haben versucht, den USA ein Angebot zu machen, auf das überhaupt nicht eingegangen wird, auch in den Medien, das wird einfach totgeschwiegen.

Was war das für eine Angebot?

Da möchte ich mal etwas zurückgehen. Die KDVR-Atomwirtschaft basiert auf Spezialisten, die in der Sowjetunion studiert haben. Die Technologien, die man dort beherrschen kann, sind sowjetische Technologien, d.h. die Reaktortypen, die man dort betreibt, sondern Plutonium ab. Nordkorea hat als Vorschlag eingebracht, auf ihre Einrichtungen generell zu verzichten, wenn die USA sie dabei unterstützen, auf Technologien, die in den USA verwendet werden, umzusteigen, bei denen das Problem des Anreicherns von Plutonium von vorneherein nicht bestünde. Das war der Versuch der Nordkoreaner, eine Brücke zu bauen.

Eine solche Brücke haben ja die USA den Pakistanis angeboten. Im Ausgleich auf einen Verzicht von atomarer Rüstung werden moderne Jagdflugzeuge geliefert. Das ist ja sehr weitgehend, was die USA da gemacht haben.

Das ist doch ein sehr lukratives Angebot für die US-Atomindustrie. Warum ging die US-Regierung darauf nicht ein?

Einer Verlautbarung des Instituts für strategische Studien in Washington habe ich entnommen, daß man dort Nordkorea als einen politischen Dinosaurier betrachtet, dessen baldiges Ableben erwartet wird. Nur, das Problem ist, die Nordkoreaner sehen sich so absolut nicht. Und dadurch ist die Frage der Akzeptanz des anderen als vollwertiger Verhandlungspartner ein entscheidender Schritt, eine Lösung zu finden. Man muß sich gegenseitig akzeptieren und man muß das dem anderen auch signalisieren.

Leider ist es so, daß die Nordkoreaner aufgrund des Wegfalls der Konsultationsmöglichkeiten mit den sozialistischen Ländern, durch deren Untergang, in der Vergangenheit sehr aktiv genutzte Möglichkeiten der Lageeinschätzung und auch der Beratung zu taktischen und strategischen Fragen in der Außenpolitik verloren haben. Sie sind jetzt in ihrer Analyse wesentlich auf sich selbst angewiesen.

Und da rächt sich natürlich auch ein mangelndes Verständnis der Denkstrukturen anderer politischer Kulturen. Die hat man in Nordkorea nur sehr bedingt.

Kommen wir nun zu der Inneren Entwicklung Nordkoreas. Im Gegensatz zu den anderen Staaten des ehemaligen RGW existiert die KDVR immer noch. Was sind hierfür die Gründe, liegt es vielleicht an einem anderen Entwicklungsmodell für den Aufbau des Landes?

Da gibt es eine ganze Reihe Dinge. Erstens muß man sagen. Nordkorea ist potentiell ein sehr reiches Land. Ein rohstoffreiches Land und reich an sehr fleißigen und lernwilligen Menschen, eine wichtige Produktivkraft. Das zweite ist, Nordkorea ist in seiner geopolitischen Situation in der Lage gewesen, sich von einseitigen Abhängigkeiten im Osten zunehmend frei zu machen, d.h., sie haben eine Schaukelpolitik zwischen sowjetischen und chinesischen Interessen meisterhaft vollzogen, die ihnen den innen- und auch außenpolitischen Spielraum weit offen gehalten hat.

Aktuell würde ich sagen, die jetzige Situation entspricht konzeptionellen Überlegungen, die Mitte der sechziger Jahre angestellt und formuliert wurden und denen man bis in die Gegenwart hinein gefolgt ist in der praktischen Arbeit.

Diese „Juche“-Ideologie ist im Kern in drei Punkten zu beschreiben:

- Eigenständigkeit in der Landesverteidigung,
- Unabhängigkeit in der Wirtschaft und
- Selbständigkeit in der Politik.

Diesen Spielraum hat man versucht, sich zu schaffen. Und dabei das Land so zu strukturieren, daß es möglichst störunanfällig ist gegen jeden äußeren Einfluß.

Praktisch sieht es dann so aus, daß jeder Kreis und jede Provinz relativ autark existieren kann über die örtlich geleiteten Industrien...

Können sie da ein praktisches Beispiel geben, wie das Verhältnis zwischen örtlicher Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungssektor funktioniert?

Man hat z.B. Mitte der 80er Jahre das Fahrrad als Beförderungsmittel entdeckt. In Nordkorea ist im Gegensatz zu Japan und China das Fahrrad eigentlich nie populär gewesen. Man hat dann also in sieben Provinzen eine eigene Fahrradfabrik aufgebaut. Man hat das den örtlich geleiteten Industrien überlassen.

So kann man das auf die Ernährung übertragen. Die einzelnen Verwaltungseinheiten sind angehalten, sich möglichst aus eigenem Aufkommen mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Wo das klimatisch nicht geht, erfolgt natürlich ein Ausgleich.

Wie ist die Versorgung der Bevölkerung geregelt?

Die Versorgung funktioniert mehrfach gestaffelt. Für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln sind die großen Betriebe verantwortlich. Die haben eine Art Betriebsgeschäfte. Gleichzeitig gibt es Marken und ein Zuteilungssystem für Industrieprodukte. Und dann gibt es einen gewissen freien Markt. Es gibt auch freie Bauernmärkte, in geringerem Umfang allerdings.

Gibt es unabhängige Bauern, die eigenes Land bewirtschaften?

Es gibt Nebengewirtschaften, mit denen ein paar hundert Quadratmeter privat beackert werden, zur Ergänzung der eigenen Versorgung und allerdings auch für die Vermarktung auf Bauernmärkten. Aber individuelle Bauernwirtschaften gibt es nicht.

Die Beziehungen zwischen den Betrieben und den landwirtschaftlichen Genossenschaften werden in der Praxis im Konsens geregelt. Da gibt es z.B. in Großbetrieben Beiräte in der Betriebsleitung. Die kommen aus den örtlichen Volksvertretungen, die kommen aus den örtlichen Staatsorganen, die kommen auch aus den großen Genossenschaften, die um diese Betriebe herum bestehen. Da wird dann so etwas abgesprochen.

Die Verhältnisse zwischen den einzelnen Betrieben werden durch die zentrale Planwirtschaft geregelt, d.h. die von der Hauptstadt aus verwalteten Betriebe durch die zentralen staatlichen Stellen, andere durch die zentralen Provinzstellen bzw. die zentralen Kreisstellen. Wobei eine vertikale Struktur angestrebt wird und vertragliche Querverbindungen zwischen einzelnen Einrichtungen relativ schwach ausgeprägt sind.

Besteht die Möglichkeit für die einzel-

nen Industriekollektive, über Art und Weise der Produktion und Verteilung ihrer Produkte selbst zu bestimmen?

Die Pläne werden ähnlich festgelegt, wie es in der DDR auch war. Die zentralen Planvorgaben werden auf die einzelnen Produktionseinheiten aufgeschlüsselt, dort auf ihre Machbarkeit diskutiert und dann gehen die Gegenvorschläge wieder an die zentralen Planstellen wieder zurück. Ich glaube, daß aufgrund ökonomischer Zwänge und des Charakters dieser Strukturen eine Basisdemokratie in der Produktion, in der Bestimmung der Zielrichtungen nur schwach ausgeprägt sein kann. Es geht mehr darum, Neuerervorschläge, Wettbewerbsbewegung, Planerfüllungsverpflichtungen einzugehen.

Zu sagen, das bringt uns nichts, diese technische Richtung lassen wir lieber bleiben, das ist an der Basis, in der Arbeitsbrigade, relativ selten. Es gibt solche Abstimmungsmechanismen, die sind ganz fein und ausgeklügelt, aber ich glaube nicht, daß sie in dem Maße wirksam werden, daß hier von einer Produktionsdemokratie die Rede sein könnte.

Das wäre idealisiert und an der bestehenden Wirklichkeit vorbeigeredet, wenn man das behauptet.

Noch mal zurück zum Verhältnis zwischen zentraler und örtlicher Planung: Was ist hier der bestimmende Faktor?

Es gibt beides parallel. Der zentrale Plan existierte. Sie haben jetzt im Dezember den Siebenjahresplan der Volkswirtschaft abgerechnet und festgestellt, daß er aufgrund der äußeren Änderungen seit 1989 nicht erfüllt ist. Und gleichzeitig hat man pragmatisch eine Umstrukturierung der Außenwirtschaftsbeziehungen in Angriff genommen, was sehr kompliziert ist, und davon Abstand genommen, einen neuen Siebenjahresplan aufzustellen. Man will diese Probleme in den Griff kriegen, indem man drei Jahre ohne einen zentralen Plan eine Regulierungsphase einschleibt und mit Einjahresplänen arbeitet. Dabei ergibt sich aus meiner Sicht natürlich eine Erhöhung der Rolle der örtlichen und durch die Provinzen geleiteten Industrien. Dies aber bei prinzipieller Beibehaltung des zentralen Planungssystems.

Aber das ist nur eine Schiene, auf der man in Nordkorea nachdenkt und handelt. Eine zweite wichtigere Schiene ist aus meiner Sicht, daß man versucht, eine technische Modernisierung herbeizuführen, indem man im Norden des Landes ein Projekt einer riesigen Freihandelszone, gemeinsam mit der UNDP, also einer UNO-Organisation, und in Absprache mit China und Rußland zu entwickeln versucht und dafür Auslandskapital massiv einlädt in diese Zone. Das ist der Versuch einer chinesischen Lösung von oben.

Man hat hier einen riesigen Berg von juristischen Voraussetzungen und Festlegungen ausgearbeitet, der auch deutlich die Handschrift der UNDP trägt, also internationale Konsultationen voraussetzte. Das ist natürlich der Versuch, die Vorteile einer solchen Zusammenarbeit zu nutzen und die Nachteile zu vermeiden. Ob das aber mit dem internationalen Kapital gemacht werden kann, weiß ich nicht. Es wäre neu. Aber zumindest zeigt es, daß man bereit war und versucht, langfristig über den biologischen Lebenszeitraum des jetzigen Präsidenten hinausreichend Perspektiven, Modernisierungen und teilweise Öffnungen zu realisieren.

Sicher hat man geglaubt, daß das im Westen anerkannt wird, ohne daß man das ausdrücklich so formuliert. Daß man im Westen darauf eingeht und das honoriert, das ist nicht erfolgt.

TERMINE

- 6.5. Tagung der GNN-Verlage in Köln
- 7.5. AG Politische Berichte tagt in R...
- 23.5. Wahl des Bundespräsidenten
- 12.6. Wahlen zum Europäischen Parlament. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
- 26.6. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
- 11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen
- 25.9. Landtagswahlen in Bayern
- 16.10. Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Thüringen
- 23.10. Kommunalwahlen in NRW
- 22./23.10. Herbstkonferenz der BD des BWK in Köln

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln) (zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg) Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czerninski Str. 5, 10829 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 24 69 15.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Czerninski Str. 5, 10829 Berlin, Tel. 030 / 781 5222, Fax: 030 / 784 8925.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 3813 93, Fax: 040 / 389 8331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 352 0816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 502 65 41, Fax: 089 / 502 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 0342 04 / 620 93.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 6247 01, Fax: 0711 / 6215 32.



Berlin, 1. April 1933.



SS-Männer als Friseure. Wlodek, Oktober 1939.



Ecce homo, 1945.

Es ist in den unterschiedlichsten Medien viel über die wundersame Metamorphose des Oskar Schindler von einem Kriegs- und Arierisierungsgewinnler, Weiberhelden, Trinker, Spion und Bankrotteur zu einem guten Menschen gesagt und geschrieben

worden. Auch die Leistungen von Regisseur und Schauspielern wurden bereits vielfach gewürdigt. Darüber hinaus haben manche Juden die Kritik geäußert, der nationalsozialistische Judenmord sei nicht in Form eines Spielfilms darstellbar.

Vor allem Claude Lanzmann, der Ende der achtziger Jahre den Dokumentarfilm „Shoah“ drehte, äußerte diese Kritik. Bei allem Respekt denke ich aber, daß das Unfaßbare, das Unvorstellbare von Auschwitz für viele Menschen durch

„Schindlers Liste“ ein wenig faßbarer, ein wenig vorstellbarer wird. Erklären kann das, was in den Vernichtungslagern geschah, ohne ihn weder ein Spielfilm noch ein Dokumentarfilm, und sei er auch noch so dicht und aufklärend wie „Shoah“.

Oskar Schindler und die Endlösung

Ein Film über Auschwitz

Es ist gut, daß „Schindlers Liste“ gerade jetzt in die Kinos kommt, zu einer Zeit, in der eine aberwitzige Diskussion über die Strafbarkeit der sogenannten Auschwitzlüge geführt wird mit solch gespenstischen Begriffen wie dem der „qualifizierten Auschwitzlüge“, der unmittelbar dem Wörterbuch des Unmenschen entkrochen zu sein scheint. Der „Erfolg“ des Films im Land der Täter widerlegt eindrucksvoll die häufig vertretene Meinung, die meisten Deutschen wollten von der schmachvollen Vergangenheit nichts mehr wissen.

Ein nur wenig bekanntes Kapitel von Hitlers Terrorregime ist die Politik der „Arisierung“, eine der Vorstufen auf dem Weg zur „Endlösung“. Die ersten Jahre der Naziherrschaft waren zwar bestimmt von der Politik, die Juden zu diskriminieren und aus dem gesellschaftlichen Leben zu verdrängen, aber die Vorstellungen über ihr weiteres Schicksal waren noch nicht sehr ausgeprägt. Einen wesentlichen Bestandteil dieser Politik der Ausgrenzung stellen die Nürnberger Gesetze von 1935 dar.

„Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten.“ A. Hitler.

Arisierung

Aber erst nach der Reichspogromnacht vollzog sich eine Abkehr von dem auf der Straße ausgetragenen „Radau-Antisemitismus“. Die „Judenpolitik“ wurde an staatliche Stellen delegiert. Experten unterschiedlicher Fachgebiete sollten nun das Schicksal der Juden in bürokratische Bahnen lenken. Diese Experten waren es, die aus den Plänen für die militärische Eroberung des Ostens ernährungs- und wirtschaftspolitische Strategien entwickelten, die die Massenvernichtung zum „Sachzwang“ machten. Dabei kam ihnen die nationalsozialistische Ideologie entgegen, die

die Menschen in höherwertige und minderwertige einteilte. Gemäß dieser Werteskala konnten nun Menschen privilegiert, versklavt oder „ausgemerzt“ werden. Schon drei Tage nach der Reichspogromnacht, am 12.11.1938, wurden in einer von Göring einberufenen Sitzung, an der etwa 100 Minister und Experten teilnahmen, die Weichen gestellt, die Instrumente der „Endlösung“ entworfen: Enteignung, gesteuerte Verarmung, Ghettoisierung, das Tragen des gelben Sterns, Hungerpolitik, Zwangsauswanderung, Zwangsarbeit. Und schon drei Jahre vor den ersten Vergasungen in Auschwitz sah Göring die Möglichkeit „einer großen Abrechnung“.

Die Politik der „Arisierung“, von der sich auch Oskar Schindler eine goldene Zukunft versprach, bestand jedoch nicht in erster Linie in der Zwangsüberweisung jüdischer Firmen an profit-süchtige „arische“ Kapitalisten, sondern hauptsächlich in staatlich gesteuerter Stillegung und Rationalisierung. „Die Umwandlung von nicht lebensnotwendigen Produktionsstätten in lebenswichtige“ (Göring) war der entscheidende Schritt, die deutsche Wirtschaft auf den kommenden Krieg einzustellen.

Schon 1938 wurde für diese Zwangsmaßnahmen ein Wort gebraucht, das über 50 Jahre später das Aussondern von Hunderttausenden in die Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg bedeutete: abwickeln. Schon damals gab es Treuhandsstellen, die eingesetzt wurden, diese wirtschaftspolitischen Raubzüge zu koordinieren und zu optimieren.

Schon bald wurde jedoch deutlich, daß die Politik, den Juden die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen, in eine Sackgasse führen würde. Schließlich wurden die Juden auf diese Weise zu einem Problem für den Sozialetat. Denn der Ertrag, den die Nazis aus den zur Zwangsarbeit gezwungenen Juden erzielten, brachte nur einen Bruchteil

der Kosten herein, die für die Unterbringung und Verpflegung der Juden ausgegeben werden mußten.

Ghetto

So wurde z.B. errechnet, daß allein für das Warschauer Ghetto ein Zuschuß von 55 Millionen Reichsmark erforderlich sei („wenn man die Insassen des jüdischen Wohnbezirks am Leben erhalten will“), und das, obwohl die Eingesperrten nur Hungerrationen erhielten.

Monatsration im Warschauer Ghetto: 1 Kilogramm Brot, 250 Gramm Zucker, 100 Gramm Marmelade, 50 Gramm Fett.

Um die Produktivität der Zwangsarbeiter zu erhöhen, empfahlen Experten, die Ernährung im Ghetto auf Gefängnisniveau zu erhöhen.

„Der Wert der Gefängniskost liegt zwischen 0,40 und 0,50 Reichsmark. Er beträgt also das Doppelte des bisher für den Ghettabewohner aufgewendeten Betrages von 0,23 RM, durch den aber nicht nur die Ausgaben für Ernährung, sondern auch für sonstige notwendige Gegenstände des täglichen Bedarfs gedeckt worden sind.“ (Aus einem Gutachten des Reichsrechnungshofs)

Die „arischen“ Ghettoverwalter berechneten der jüdischen Gemeinde nicht nur die Kosten für den Bau der Ghetto-mauer, mit der man sie von der Außenwelt abriegelte, sondern machten auch entfallene Mieteinnahmen und den Wertverlust der Bausubstanz innerhalb des Ghettos geltend. Zwar wurden diese Summen von den Juden im Ghetto nicht in barer Münze eingefordert, aber sie gingen mit in die Rentabilitätskalkulationen ein. Und diese entschieden letztlich über das Existenzrecht der Eingeschlossenen.

Die Experten des Tdtes erarbeiteten drei Alternativen: Entweder würden alle Ghettoinsassen ernährt oder nur diejenigen, die produktive Arbeit leisteten, oder aber man ließ alle verhungern. Zunächst entschieden sich die Bü-

rokraten für die zweite Alternative.

„... ist die Ernährung der Juden in der jetzigen Form nicht mehr zu verantworten, weil andernfalls ein Absinken der Leistung zum Schaden der Wehrmacht eintreten würde. In den Werkstätten und Fabriken, in denen wegen Mangel an Fachkräften zwölfstündige Arbeitszeit eingeführt worden ist, brechen bereits die Arbeiter, insbesondere die, die eine stehende Tätigkeit ausüben, an ihren Werkplätzen zusammen.“ Hans Biebow, Ghettoverwaltung Lodz.

Als mit den Vernichtungslagern eine Variante der dritten Alternative zur Verfügung stand, war die wirtschaftlich optimale Lösung des „Judenproblems“ gefunden. Denn selbst bei absoluter Hungerpolitik war ein täglicher Warenumschlag von mehreren hundert Waggons zur Versorgung des Ghettos erforderlich, während der Transport der Menschen in den Td nur einen einmaligen und viel geringeren Transportaufwand erforderte.

„Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen ...“ Generalgouverneur Hans Frank.

Vernichtung

„Aus dem Generalgouvernement werden jetzt ... die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig.“ Joseph Goebbels. — (dad)

Quellen: Aly, Götz; Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung: Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. — Frankfurt/Main: Fischer, 1991. Schoenberger, Gerhard: Der gelbe Stern: die Judenvernichtung in Europa 1933-1945. — Frankfurt/Main: Fischer, 1991. Alle Bilder aus: Schoenberger, a.a.O.

DIE NEUE KOLLEKTION 3**„Du bist mir entschlüpft“**

„Die Wegguck-Gesellschaft“ drängt in die Bücherregale. Von Ed Schmitt

In 4 Kapiteln geparkt, treten 49 Texte ihren Weg zu einem Aufschrei gegen Gewalt an. „Lerne über Schotter zu gehen“, ist es so aufzufassen? Der Ballon jedenfalls kann steigen. Der Buchtitel muß draußen bleiben. Dreimal ist genügend Luft da. Nur im 4. Kapitel war die Luftpumpe wohl zu klein, „Es geht auch ohne Gewalt“ überschrieben. Ich hätte mir größere Utopien gewünscht, es reicht nicht, das Wort Solidarität mit Luft aufzupumpen.

„Das ist kein guter Anfang für die Nacht“, ja, „und Lena hört auf Lena zu sein“, „Mach Licht in meinem Kopf“, bevor es heißt: „Nun habt ihr Angst daß ich Menschenfleisch fresse“, schreiben 4 Autorinnen mit klarer und eindringlicher Erzählhaltung.

Die Auswahl der Texte schwankt mit ganzer Bandbreite. Vom einfachen Spiel mit rohen Eiern, von der gelungenen Pose des Fragestellers in „Ein Grufti spricht“, dem dichten Rhythmus einer Endlosschleife „... milchkannen übers kopfsteinpflaster ...“ zum Alltag des Modellmalens bis schweigen, schweigen, schweigen. Der Ballon fliegt, nur wohin?

„Nicht ich hab ihn mir ausgesucht“, spürt eine Gedichtzeile den Boden auf, der keinen echten Grund trägt für das Durchsetzen der eigenen Interessen mit Gewalt. Die Gedichte scheinen den Flug des Ballons nicht zu stören, sie füllen den Luftraum und haben nicht immer genügend Puste. Das Verhältnis zwischen Prosa und Lyrik ist vor allem zahlenmäßig ausgewogen.

In den Prosatexten wird Atmosphäre gesucht, ja versucht, Wirklichkeit abzubilden. „Es begann die übliche Hatz“, „Sie machen einen Bogen. Es gilt meinen Schafen.“ Der Mut der Autorinnen und Autoren scheint nicht viele Schwestern zu haben. Die Kraft des Erzählens schlummert auch anderswo als in einem Gefängnis, Ort einer Erzählung. Hier pulsiert der Rhythmus, schreit die Gewalt und spritzt bis zu den Zeichen, „die man als Buchstaben deuten kann“.

Die Erzählinhalte rascheln an vielen Orten. Im Büro, in der Straßenbahn, beim Intifadaaufstand, im Schallplattenladen. Doch das Umgehen mit dem Material verliert sich oft in überdeutlicher Formulierung. Der Ballon sinkt. Gern hätte ich ihm zugerufen: „Jetzt kann es bleiben, jetzt hat es Stil.“ Gewiß, die Traurigkeit und das Nichtbegreifliche verbünden viele Texte. „Bleibe minutenlang stehen im eisigen Zug.“ Aber die Texte greifen letztlich nicht mehr auf als „über die allgemeine situation in afrika unter besonderer beachtung der zebras löwen und giraffen“ zu diskutieren. Ein Bild, ein Satz und darum herum viel Text geparkt. Die Luft wird dünner in den oberen Schichten, Formulierungen sind leicht abzuwerfen, Textqualität immer ein Ballonstart. Davon träumt auch das Titelbild. Die Ideen sind da. Sie suchen nach ihrer Jacke, Hose, Kleid und Rock. „Der Satz auf dem Bildschirm sah beinahe ängstlich aus“, zitiert die Vergangenheit. Und schon jetzt verdienen die vielen Versuche eine Belohnung: Lies mich!

Unter dem Titel „Die Wegguck-Gesellschaft“ ist der Jahresband 1993 des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt erschienen. Alle Beiträge befassen sich

mit dem Thema Gewalt. Wir drucken mehrere Texte und eine Zeichnung daraus ab und eine Besprechung, die wir vom Werkkreis erhielten.

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Die Wegguck-Gesellschaft, Neue Kollektion, Band 3, 1994, GNN Verlag, März 1994 — (anl)

„Die Wegguck - Gesellschaft“

Jahresband 1993 des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt erschienen

Die Welt

Nicht ich habe ihn mir ausgesucht, den Ort meiner Geburt auf unserer weiten Erde.

Das Haus, in dem ich geboren wurde, klein, ohne Türen und Fenster, nie hat es Farbe gesehen, wurde nie ausgebessert.

Ich begrüßte das Licht, barfuß, halbnackt spielte ich auf dem fruchtbaren Boden. Wenn der Mensch einmal geboren ist, wie sehr hängt er dann an diesem Stückchen Erde, das seine Heimat ist.

Nicht nur geboren wurde ich dort, wie jedermann wuchs ich auf, verliebte mich, fror ich den Winter über, erfuhr, was Hunger bedeutet, lernte, was Strenge ist, und eines Abends, als die Sonne zu sinken begann, umrankte sie die Schönheit der Weingärten mit ihrem Abschiedsgruß. Ich ließ mit meiner Kindheit und Jugend auch ein Stück von mir selbst dort zurück, ich verließ Basibirin.

Auf einen Abschied folgte der nächste, das Schicksal ließ mich nicht los, einen weiten Weg legte ich zurück und gelangte schließlich an einen Ort, Deutschland genannt. Hier fand ich Arbeit, jahrelang schaffte ich, fand ich eine Heimstatt am Ufer der Wupper.

Aus dem bunt verwobenen Mosaik der Völker bin ich entstanden, alle Menschen umarme ich voller Liebe als Bürger dieser Welt, ein Sternchen, das das Universum widerspiegelt, unsere schöne Welt.

Mirza Atug

(Geboren 1942 in Basibirin — Aramäisch Bisorino — in der Provinz Mardin. Er wuchs mit sieben Geschwistern auf und besuchte die Klosterschule St. Gabriel in Kurdistan. Lebte als Schäfer und Landwirt, Magazinverwalter und Sprachmittler (Aramäisch, Kurdisch, Türkisch). Kam 1969 nach Wipperfurth, wo er als deutscher Staatsbürger mit seiner Familie lebt und als Arbeiter beschäftigt ist. Betriebsratsmitglied, Mitglied des Kulturausschusses des Oberbergischen Kreises, Vorsitzender des IGM-Ausländerausschusses. Literarische Arbeiten seit 1981. Sein Beitrag wurde von Jutta Schmale-Özbey übersetzt.)



Thomas Bühler:
Söldner.
(Bleistift, 1991)

Sumpflandschaft

und nach dem Einkaufsbummel sitzen wir vorm Café Roma das gabs hier früher nicht sitzen und füttern mit Kuchenresten dreiste fremde Küstenvögel die gabs hier früher nicht die bunten Stände auf der pegnitzbrücke die gabs hier früher nicht am Hauptmarkt Ali den Gemüsemann aus Anatolien im Heiliggeistspital die Altenpflegerin aus Vietnam die gabs hier früher nicht o ja hier gab es einmal Sümpfe die gibt es heut nicht mehr am Fluß das mittelalterliche Judenghetto das gibt es lang nicht mehr flüßaufwärts stand noch gestern ihre Synagoge die gibt es auch nicht mehr und übers Kopfsteinpflaster Streicherglatzkopfplaster knalln harte Stiefeltritte gewichste Kerle von der Glatze bis zur Sohle mit Blut besudelt Asche Brandgeruch das gibt es heute noch am Nebentisch der laute Kläffer bellt was von Kanaken Pollacken den gibts hier immer noch ums Eck das Narrenschiff ist voll randvoll sternhagelvoll die Möwen schreien Stein und Bein dazwischen gurren Tauben

Manfred Schwal

(Geboren 1937 in Coburg, lebt in Oberfranken. Elektrikerlehre, Redakteur, Studium der Sozialarbeit und neueren deutschen Literaturgeschichte, mit dem Magister artium abgeschlossen. Angestellter der ÖTV und Bildungsreferent des DGB. Sprecher der VS-Regionalgruppe und der Werkkreis-Werkstatt Nürnberg.)

Das Potentielle

Bin ich nun einer oder bin ich keiner? Ein Potentieller, meine ich. Kein richtiger, nein, so ein Potentieller. Hat der da doch gesagt, und der Richter hat ihm auch noch Recht gegeben. Und ich war doch zwei Jahre bei der Bundeswehr. Und wir haben da doch nur auf Pappkameraden geballert. Vaterland verteidigen haben wir da gelernt. Und der da behauptet: Alle Soldaten sind Potentielle. Keine richtigen, nur angenommene, den Umständen nach, mögliche. Alle Soldaten — hat er gesagt. Aber wenn alle Soldaten nur Potentielle sind, welches sind denn da die Richtigen? Einige müssen dann wohl die Richtigen sein — ist doch logisch — oder? Wir jedenfalls sind keine Richtigen, dienen doch nur der Verteidigung. Und wenn uns einer angreift, müssen wir doch zurückschießen — oder? Und das ist doch Notwehr. Also sind die Richtigen doch immer die anderen. Und da behauptet der da, alle Soldaten sind Potentielle. Wir jedenfalls nicht! Sagt unser Opa auch. Und der war mit einer Kanone vor Leningrad, im letzten Krieg. Und der hat da nur seine Pflicht getan, sagt er. Und wer da behauptet, alle Soldaten sind Potentielle, sagt unser Opa, den müßte man ... nach Leningrad und dann mit der Kanone immer drauf. Wir — Potentielle? Mein Opa und ich? Der spinnt wohl, der da sagt, alle Soldaten sind Potentielle. Aber wir werden ihm das schon austreiben, das Potentielle. Und dann, dann sind wir eben Richtige! Wir Potentiellen.

Kurt Küthel

(Geboren 1929 in Stettin. War seit 1948 Bergarbeiter in Bottrop, absolvierte mit Stipendium des DGB ein soziales Studium, arbeitete aber weiter „auf Zeche“. War Mitglied der Dortmunder „Gruppe 61“)